

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 18. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Abgewiesen!

Die Deutschnationalen kriegen nichts.

Die Betrunkene vor der verschlossenen Wirtshaustür stehen die Deutschnationalen an der Pforte zur Regierung...

Die Zusage der Deutschen Volkspartei geht von der Bereitschaft der Deutschnationalen aus, die Verantwortung für die Londoner Abmachungen mit zu übernehmen...

Das Zentrumblatt, die „Germania“, bezweifelt die Verhandlungsfähigkeit der Deutschnationalen Partei und schreibt: Statt der fürchterlichen Drohungen...

Die Situation, die aus diesen Absagen für die Deutschnationale Partei entsteht, ist um so peinlicher, als diese ihren Anhängern gestern noch in der „Deutschnationalen Korrespondenz“ versichert:

Aus Erklärungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums entnehmen wir aber auch die Berechtigung für die Ueberzeugung, daß auch bei diesen Parteien...

Inzwischen wird klar, daß die deutschnationale Parteileitung in eine Falle gegangen ist. Sie wollte die anderen betrügen und ist nun selber die Betrogene...

Was wird die Deutschnationale Partei nun tun? Sie wird zur kommunistischen Methode der Abfägung ganzer Führergarnituren schreiten müssen...

Der Fall Stresemann - Parmoor.

Eine neue Erklärung der Reichsregierung.

Auf die von uns im gestrigen Abendblatt wiedergegebene Genfer Meldung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ wird amtlich folgendes erwidert:

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ veröffentlicht eine neue Erklärung Lord Parmoors, monoch Lord Parmoor am 10. August in seinem Landhause mit den deutschen Delegierten...

Es steht also nach wie vor Behauptung gegen Behauptung.

Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) In Völkerbundskreisen kommentiert man lebhaft die Stresemann-Affäre. Die Schweizer Presse beschäftigt sich eingehend mit der Angelegenheit.

Iswolsky - Poincaré - Wilhelm.

Wie sie einander halfen.

Von einem russischen Gelehrten, der sich mit dem Studium der Akten zur Kriegsschuldfrage eingehend befaßt hat, wird uns geschrieben:

Wie zutreffend es auch sein mag, daß die wissenschaftliche Erforschung der Kriegursachen heute noch nicht abgeschlossen ist, so können doch schon jetzt, auf Grund des vorhandenen zuverlässigen Materials einige unbestreitbare Feststellungen gemacht werden...

Als die russische Diplomatie in den Jahren 1910/11 bei ihrer neu einsetzenden Aktivität in der Balkanpolitik immer mehr mit der Möglichkeit eines akuten Konfliktes mit Österreich-Ungarn rechnete, war sie keineswegs sicher, daß sie im kritischen Augenblick bei ihrem französischen Verbündeten eine ausreichende Unterstützung finden würde...

... que l'opinion en France etait profondement pacifique (daß die öffentliche Meinung in Frankreich in ihrem Kern pazifistisch sei) und daß er dies stets im Auge behalten müsse...

Als Poincaré, der damals noch Ministerpräsident war, im Sommer 1912 Rußland besuchte, schrieb der Vertreter Iswolskys, Sewastjopulo, in seinem Bericht vom 16. August aus Paris:

„Der allgemeine Ton der Presse ist sehr ruhig und legt Zeugnis ab von der außerordentlich friedliebenden Stimmung des Landes. Indessen haben die taktlosen Angriffe einiger deutscher Zeitungen, ihre tendenziöse Auslegung der Reise des Herrn Poincaré auf dem Seeweg usw. eine heftige Abwehr seitens der hiesigen Presse gefunden...“

Es ist demnach klar, wer die Voraussetzungen dafür schuf, daß ein Teil der französischen Presse, ungeachtet der freundschaftlichen Stimmung des Volkes, die öffentliche Meinung vergiften konnte. Ohne entsprechende Unterstützung von Seiten der deutschen Chauvinisten und Militaristen hätten auch die Bestechungsgelder, die Iswolsky freigeigig unter einem Teil der französischen Presse ausstreuete, keinen Erfolg gehabt...

„Unter dem Einfluß der Bezirker (erklärte Jannard) seien in Frankreich eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt worden, so

Die Industrieobligationenbank.

Wahl des Verwaltungsrats.

Paris, 17. September. (W.B.) In der gestrigen Sitzung der Reparationskommission sind zu Mitgliedern des Verwaltungsrats der Bank für die deutschen Industrieobligationen ernannt worden der französische Staatsangehörige de Penster und der belgische Staatsangehörige Frerichs...

Paris, 17. September. (W.B.) Nach dem „New York Herald“ hat Owen Young von der Reparationskommission gefordert, daß das Personal der verschiedenen vorgesehenen Kommissionen auf den geringsten Umfang beschränkt werde.

Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

Ueber die Rückkehr der Ausgewiesenen ins besetzte Gebiet erhält die W. folgende zusammenfassende Darstellung:

1. Mitbesetztes Gebiet: Im altbesetzten Gebiet ist 1300 Privatpersonen und Beamten die Rückkehr gestattet worden. Die Beamten konnten sofort in ihre Ämter wieder eintreten. Weiteren 500 bis 600 Beamten ist die Rückkehr gestattet worden...

2. Einbruchgebiet: In der französischen Zone des Einbruchgebietes ist sofort nach dem Amtsantritt Herrlots allen Ausgewiesenen, außer den Schutzpolizisten und 64 namentlich genannten Beamten die Rückkehr gestattet worden. Neuerdings haben alle Beamte außer der Schupo und 6 namentlich aufgeführten die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten...

Essen, 17. September. (W.B.) Wie wir erfahren, sind die französischen Besatzungstruppen aus Neolges und Gruiten abgerückt. Zollbeamte und Gendarmerie haben Langenberg verlassen. Die militärische Räumung von Langenberg ist auf unbestimmte Zeit verschoben.

z. B. das Gehe von 1905 über die zweijährige Dienstzeit, die in beträchtlichem Maße die Stärke der französischen Armee verringert hätten; zu gleicher Zeit habe Deutschland nicht aufgehört, seine Armee zu verstärken; indessen wäre unter den obwaltenden Verhältnissen der inneren Politik in Frankreich kaum das Bewußtsein der Notwendigkeit parateller Maßnahmen erwacht, wenn die deutsche Regierung selbst nicht durch eine Reihe von Zwischenfällen und Drohungen die gegenwärtig gesteigerte nationale Stimmung in Frankreich wachgerufen hätte." (Materialien S. 345.)

In demselben Brief weist Isowolsty auf die Umstände hin, die zu den eben angeführten Erklärungen von Nordards Anlaß gegeben hatten. "Hier war man," schreibt er, "höchst überrascht über den Ton des Tagesbefehls Kaiser Wilhelms an die Armee, anlässlich der 100-Jahr-Feier von 1813 und insbesondere über den Inhalt des Artikels der offiziellen 'Königlichen Zeitung'." (Es handelt sich hier um jenen bombastischen Tagesbefehl, den Wilhelm II. am 10. März 1913 bei der Parade im Lustgarten verlas, sowie um den berühmten 'Störenfried'-Artikel der offiziellen 'Königlichen Zeitung', in dem Frankreich offen beschuldigt wurde, daß es Deutschland überfallen und Elsaß-Lothringen zurückerobern wolle.) Wenn Poincaré 'im Notfall' Rußland die Unterstützung Frankreichs versprach, so konnte er dies nur insoweit tun, als er damit rechnete, daß die Haltung der deutschen Nationalisten und Wilhelms II. einen entsprechenden Einfluß auf die öffentliche Meinung Frankreichs ausüben würde. Daß dies die wichtigste Voraussetzung war, mit der Poincaré rechnete, geht mit aller Deutlichkeit aus einem Bericht des russischen Außenministers Sazonow an den Zaren vom 4. August 1912 hervor. Sazonow teilt hier über seine Unterredungen mit dem damals in Petersburg weilenden Poincaré folgendes mit:

"Herr Poincaré erachtete es als seine Pflicht, hervorzuheben, daß die französische öffentliche Meinung der Regierung der Republik nicht gefaßt würde, sich wegen seiner Bestankungen zu Kriegshandlungen zu entschließen, wenn Deutschland unbeteiligt bliebe und nicht aus eigener Initiative die Anwendung des casus foederis (Kriegsfall) hervorriefe, in welchem Falle wir selbstverständlich auf die volle und genaue Einhaltung der Verpflichtungen, die Frankreich uns gegenüber hat, rechnen könnten." (Materialien S. 259.)

Bekanntlich hatte Poincaré in den kritischen Tagen des Sommers 1914 keine großen Schwierigkeiten zu überwinden, als er die im Grunde friedliebende öffentliche Meinung Frankreichs von der Notwendigkeit der Einhaltung der französischen Bündnisverpflichtungen gegenüber Rußland zu überzeugen suchte. Diese Arbeit wurde ihm von jeher erleichtert, die vor dem Weltkrieg die lächerliche, maulaufreißerische Politik Wilhelms II. und der Alldeutschen unterstützten und die jetzt — nach der Niederlage — die Legende von der völligen Unschuld aller deutschen Kreise dazu benutzten, um die Ansätze zu einer Gesundung der deutschen Außen- und Innenpolitik in Stücke zu schlagen.

Die verarmten Hohenzollern.

Eine Verteidigungsschrift ihres Generalagenten.

Der ehemalige Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts und jetzige Generalvertreter des Hauses Hohenzollern, v. Berg, läßt durch die Telegraphen-Union eine Entgegnung auf die Denkschrift des preussischen Finanzministeriums verbreiten. Dessen Inhalt er den Anschein zu erwecken, als wenn den Hohenzollern bitteres Unrecht geschehen sei. Nach seiner Meinung brauchen die Hohenzollern bei niedrigster Schätzung ihres Bedarfs jährlich 1 1/2 Millionen Goldmark. Er selbst gibt die Zahl für die in Frage kommenden Personen aus der 'engeren königlichen Familie' auf 26 an, die der übrigen Mitglieder des Hohenzollernhauses auf 17, das sind zusammen 43 Personen. Nach seiner Berechnung muß also jeder dieser Zollernsprößlinge, einschließlich aller schul- und vorzuschul-

ligen Kinder, mindestens 2500 Mark pro Monat beziehen! Eine solche Forderung wird erhoben in einer Zeit, da Millionen deutscher Arbeiter mit Hungerlöhnen von weniger als 10 bis höchstens 20 Mark pro Woche bei neun- und zehntägiger Arbeitszeit abgepeitscht werden und viele Hunderttausende als Arbeitslose der öffentlichen Fürsorge anheimfallen. Dabei steht der Generalvertreter stillschweigend voraus, daß für solche nicht unerheblichen Renten die Herren Prinzen auch nicht einen Handschlag an körperlicher oder geistiger Arbeit zu leisten haben. Ihre Tätigkeit soll nach wie vor darin bestehen, gelegentlich Kriegervereins- oder Pferdepardaden abzunehmen. Damit ist ihr 'Beitrag zur deutschen Kultur' in der Folge erledigt.

Schon bisher, und zwar seit dem 1. Januar d. J., sind den Hohenzollern 50000 Mark monatlich überwiesen worden, also jedem einzelnen von ihnen mindestens 1000 Mark monatlich oder 250 Mark wöchentlich. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß außerdem dem früheren Kronprinzen die gesamte Herrschaft Dels, bestehend aus mindestens 14 einzelnen Gütern mit einem Flächeninhalt von mehr als 10000 Hektar oder 40000 Morgen zur unbeschränkten Nutzung schon jetzt überlassen ist, und daß dem Prinzen Friedrich Leopold die ihm durch Gerichtsurteil zugesprochenen Liegenschaften ebenfalls herausgegeben sind. Die von dem Generalagenten vorweg geforderten 440000 Morgen oder 110000 Hektar land- und forstwirtschaftlichen Bodens würden nach der Berechnung des Finanzministeriums bei vorläufiger Bewirtschaftung nach Art der preussischen Domänen über 5,7 Millionen Goldmark im Jahre Reinertrag abwerfen. Aber erst nachdem diese sogenannten 'Hofammergüter' den Hohenzollern bedingungslos ausgehändigt worden sind, wollen sich die notleidenden Herrschaften auf ein schiedsgerichtliches Verfahren über die Frage einlassen, was mit den weiteren Vermögensobjekten werden soll, über deren rechtliche Zugehörigkeit selbst die Kronjuristen früherer Zeiten sich nicht einig werden konnten.

Man sieht, daß der Appetit der aus ihrem Dienstverhältnis entlassenen Herrschaften immer ansehnlicher wird, je größer die Zeitpanne ist, die sich zwischen ihrem Ausscheiden aus der Macht und der endgültigen Bereinigung ihrer vermeintlichen Ansprüche legt. Mit dem Hörschrauben ihrer Forderungen folgen sie allerdings nur den Traditionen ihrer Familie. Man kann darüber in Max Maurenbrechers 'Hohenzollern-Legende' das Notwendige nachlesen. Aber heute ist nicht mehr die Zeit etwa der zur preussischen Nationalheilung emporgelobten Königin Luise, die es als ein unerträgliches Hungerleben bezeichnete, wenn ihr Mittagstisch in der Zeit der tiefsten preussischen Not nur drei bis vier Gänge aufweisen durfte.

Die Auseinandersetzungen mit den endgültig erledigten Landesfürsten sind freilich weder auf einem schiedsgerichtlichen Wege noch auf dem des ordentlichen Gerichts herbeizuführen. Der Reichstag soll endlich reine Bahn schaffen, indem er durch Reichsgesetz den Ländern das Recht gibt, alle diese Angelegenheiten durch gesetzgebenden Akt aus der Welt zu schaffen. So wie die Dinge liegen, würde die Zusammenfassung des Preussischen Landtages ja auch dann noch den Hohenzollern sicher ein reicheres Einkommen garantieren, als sie der Bedeutung ihrer Personen nach verdienen. Wenn der Reichstag den sozialdemokratischen Antrag nicht doch noch annimmt, werden allerdings die preussischen Gerichte sehr viel Arbeit bekommen, um die Rechtsverhältnisse der umstrittenen Vermögensobjekte festzustellen, um so mehr, wenn sich die Hohenzollern etwa wieder auf den Standpunkt stellen sollten wie einer ihrer ehemaligen Hausminister, daß sie eigentlich 'die ganze Mark Brandenburg käuflich erworben' hätten!

Zuchthausstrafe für Völkische.

Der Ausgang des Münsterer Prozesses.

Münster, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch wurden die Verhandlungen vor dem Schwurgericht in Münster über die Attentäter gegen den 'Völkischen' fortgesetzt. Nach-

dem der Direktor der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt erklärte, daß beide Angeklagte Völkische seien, auf die der § 51 jedoch keine Anwendung finden könne, ließ sich das Gericht zur Urteilsprechung zurück. Es befand die Angeklagten der Straftat für schuldig und erkannte für beide Angeklagte auf je 5 Jahre Zuchthaus. Als erdrückender Beweis erschien dem Gericht das Geständnis der Angeklagten in München.

In der Begründung heißt es u. a.: Die Angaben Schreibers, die von ihm angegebenen Einzelheiten über das Attentat von den wirklichen Tatern erhalten zu haben, sind nicht glaubwürdig. Ein solcher Täter hätte so etwas nicht ohne weiteres erzählt. Der Alibi-Beweis, den die Angeklagten gaben, ist mangelhaft. Es ist nur ein einziger Zeuge da, und dieser kann nicht einmal mit Gewißheit behaupten, daß die Angeklagten tatsächlich bei dem Hermannsdenkmal anwesend waren. Die Motive zur Tat sind zu verstehen, wenn auch selbstverständlich nicht zu billigen. In den Kreisen der Angeklagten galt der 'Völkische' als ein Blatt, das den Ruhrabwehrkampf sabotierte. Es ist als feststehend anzunehmen, daß an der Tat noch weitere Kreise beteiligt sind. Doch sind nähere Einzelheiten nicht festzustellen. Das Gericht mußte auf fünf Jahre Zuchthaus als niedrigste Strafe erkennen. Möge diese Strafe eine Warnung für viele junge Leute sein, die glauben, ihren politischen Idealen durch Gewalt zum Siege zu verhelfen, und mag sie auch als Warnung für die geistigen Führer dieser jungen Leute dienen. Die Tat der Angeklagten fällt nicht unter die Amnestie, doch wird das Gericht ein Gnadengesuch befürworten, damit die Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe umgewandelt und die Strafe ermäßigt wird.

Demokratischer Landeshauptmann.

Die Erftwahl für Landsberg.

Halle, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochs-Sitzung des Provinziallandtages in Merseburg wurde der Oberregierungsrat Dr. Hübener (Demokrat) mit 87 Stimmen zum Landeshauptmann gewählt. Auch die Sozialdemokraten stimmten für Hübener, um die Wahl des deutschnationalen Kandidaten zu verhindern. Die Kommunisten gaben ihre Stimme für Roenen ab.

Der letzte Landtag der Provinz Sachsen hatte bekanntlich den Genossen Landsberg zum Landeshauptmann gewählt, der jedoch nicht bestätigt wurde. Die Wahl war damals nur mit einer Stimme Mehrheit erfolgt, da zwei bürgerliche Vertreter weiße Stimmzettel abgaben, während die Kommunisten nach vorhergegangener scharfer Auseinandersetzung innerhalb ihrer eigenen Fraktion der Bernunft folgten und für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmten. Inzwischen hat die Zentrale Schölem-Gesellschaft gegen die kommunistische Provinzial-Landtagsfraktion den Bannstrahl geschleudert. Sie erhielt dann den dienlichen Befehl, nie wieder für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Damit hatten die Kommunisten der Reaktion den Weg freigemacht und prompt versuchten die Deutschnationalen, die Stimmen der bürgerlichen Parteien auf den reaktionären ehemaligen Regierungspräsidenten von Gersdorf zum Landeshauptmann zu vereinigen. Diesem Zusammenarbeiten der Deutschnationalen und Kommunisten gegenüber bedurfte es aller Anstrengungen, um die schlimmsten Folgen zu verhüten. Die Sozialdemokraten setzten sich daher für den demokratischen Kandidaten Hübener ein.

Kommunalstreik in Dortmund.

Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums?

Dortmund, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Oberbürgermeister hat die Fraktionsführer des Stadtverordnetenkollegiums zu einer Besprechung mit dem Minister des Innern eingeladen. In dieser Besprechung soll die Frage einer Auflösung des Kollegiums erörtert werden. Bekanntlich ist die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung infolge des Verhaltens des kommunistischen Vorstehers seit längerer Zeit vollständig arbeitsunfähig.

Die Reklame-Leiche.

Unter den Todesanzeigen einer Berliner Tageszeitung fand sich neulich folgende Trauerkundgebung:

Nachruf!

Zum 36. Geburtstag des zu früh am 30. Dezember 1908 verstorbenen russischen Holzküblers M. M. ... gedenken wir des hervorragenden Künstlers und wertvollen Menschen, der vorzugsweise für unser Vaterland wirkte.

Die gesamte erste Jahrgangsstufe ist mit uns darüber einig, daß der russischen Welt in M. M. ... ein genialer Holzkünstler verloren gegangen ist.

Unterzeichnet ist der gemütvolle Nachruf von einer bekannten Gramophonplattenfabrik, deren Reklamechef einen Preis für guten Geschmack und Originalität verdient. Da die Reklame mit Aufschreiben, Preisauschreiben und elektrischem Blinklicht nicht mehr recht ziehen will, so ist dem neuen Tip ernsteste Beachtung zu schenken. Aufstrebenden Firmen werden die hier gegebenen Hinweise von Nutzen sein:

Am Sonntag wurde unser geschätzter Kunde

Hans Brendel

bei einem Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahn vollständig getötet. Seine Witwe mit untern gesetzlich geschützten, außerordentlichem Vermögen bleibt dasopfernd zurück. Ein Beweis für die Unermittlichkeit unserer Fabrikate.

Optiker Puhke.

Vorgestern wurde uns unser langjähriger Geschäftsführer

Karl Kreiss

durch den Tod entzogen. Der Verlust ist unerträglich. Er wird auf seinen im Testament niedergelegten Wunsch in einem hochansehnlichen Bestattungsinstitut (Müller Nr. 127, Breite 870 Nr. netto) beigesetzt, bei sich erlaubend als am gesunden Verstand.

Bestattungsinstitut Lohengrien.

Die Nachricht vom dem plötzlichen Tode des Professors

Hackenbergl

hat auch uns tief erschüttert. Die Wissenschaft verliert in dem Dahingegangenen einen ihrer vornehmsten Vertreter. Der Revolutionär, der den Gelehrten aus promptester Geduld hat, kommt aus unserer weitberühmten Fabrikation.

Kurella, Gewehrfabrik.

Wilhelm Roux, Professor der Anatomie in Halle, ist im Alter von 74 Jahren plötzlich gestorben. Er war der Begründer eines neuen Wissenschaftszweiges, der Entwicklungsmechanik der Organismen. Seine Theorie von der 'funktionellen Anpassung' lehrte, daß jedes Organ sich durch die Betätigung in zweckmäßiger

Im Dienst des Klassenkampfes.

Von Artur Crispian.

Eine proletarische Feiertunde findet am Sonntag, den 21. September, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus statt.

Der Sozialistischen Internationale und dem Krieg gegen den Krieg ist die erste proletarische Feiertunde im kommenden Winterhalbjahr gewidmet. Es sind dies zwei Fragen, von denen schon jede für sich weitbewegend ist. Zwei Fragen, die in der innigsten Weise miteinander verbunden sind. Denn was anderes ist die Aufgabe der Sozialistischen Internationale als die Bekämpfung des Sozialismus. Und was anders ist die Bekämpfung des Sozialismus als die Überwindung der Bestie im Menschen, die Entwöhnung der Menschheit.

Der internationale Charakter der Feiertunde wird diesmal durch die Mitwirkung der Genossen Longuet aus Frankreich, Fenner-Brodman aus England und Abramowitsch aus Rußland ganz besonders hervorgehoben.

Genosse Longuet, der Enkel von Karl Marx, ist in der ganzen Welt als ein würdiger Erbe des großen Wertes anerkannt, das uns sein Großvater, der Urvater des Sozialismus und Mitbegründer der Internationale, hinterlassen hat. Wer könnte befehlen sein, unsere Gedanken auf jenen 28. September 1864 zurückzuführen, an dem die Gründung der sozialistischen Internationalen Arbeiterassoziation in London beschlossen wurde.

Im kommunistischen Manifest und in der Inauguraladresse formuliert Karl Marx die Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus, entwickelt aus diesen Grundgedanken die Richtlinien für die Taktik des Proletariats, für die Mittel und Wege, die zum Ziele führen. Wie das 1847 verfaßte kommunistische Manifest, schloß die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation von 1864 mit dem Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Dem Gebot der Inauguraladresse: die Befreiung der Arbeiter erfordert internationale Brüderlichkeit, hat Genosse Longuet stets nachgelebt. Der auswärtigen Politik der Regierung des kapitalistischen Frankreichs lehnte er die internationale proletarische Brüderlichkeit entgegen. Gegen die freudlosen Pläne der Imperialisten, die in Raubzügen Blut und Gut des Volkes vergeuden, kämpft er ebenso leidenschaftlich wie unermüdet. Auch die internationalen Verbindungen des sozialistischen Proletariats haben ihre Geschichte. Wer die Geschichte studiert, findet einen allgemeinen Aufstieg der Sozialistischen Internationale, der immer wieder alle Hemmungen und Unterbrechungen überwand und regelmäßig auch die der jeweiligen geschichtlichen Epoche entsprechenden organisatorischen Formen schuf. An dem Aufstieg der Sozialistischen Internationale ist Genosse Longuet hervorragend beteiligt.

Genosse Fenner-Brodman, Generalsekretär der Independent Labour Party, hat durch die Tat bewiesen, daß ihm der Kampf gegen den Krieg heilig ist. Genosse Fenner-Brodman ist Mitbegründer der Bewegung der Conscientious objectors, der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensbedenken. Unter-

seiner Führung lehnten es 16000 Männer während des Krieges in England ab, sich von den kapitalistischen Mächten gegen die proletarischen Brüder jenseits der Grenzen Mordwerkzeuge in die Hände drücken zu lassen. Unbeteiligt trugen diese Tapferen allen Beschimpfungen und Verfolgungen der Machthaber. Manche Kriegsdienstverweigerer trieben die entmenschten Kriegsfanatiker in den Gefängnissen bis zum Wahnsinn.

Die Idee der Brüderlichkeit triumphiert leichten Endes doch. Auch die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer hat seit dem letzten Krieg Fortschritte gemacht. In Rußland, in Norwegen, in Schweden, in Dänemark, in Holland, wo überall die Wehrpflicht besteht, mußte den Kriegsdienstverweigerern ein waffenloser Alternativedienst gesetzlich zugesichert werden. In Frankreich und in der Schweiz geht der Kampf um ähnliche gesetzliche Bestimmungen. In Deutschland und in anderen Ländern bestehen ebenfalls bereits kriegsdienstfeindliche Organisationen. Ingesamt haben sich in 17 Ländern 30 Organisationen zu einer Internationale der Kriegsgegner zusammengeschlossen, deren Sitz in London ist.

Genosse Abramowitsch, einer der Hauptführer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, gehört zu jenen Sozialisten, die, durch drei Hüllen menschlicher Kaskere wandernd, dem Sozialismus dennoch die Treue gehalten haben. Weder die Greuel des Jorismus, noch die des menschenfressenden Krieges, noch der Terror der Bolschewisten konnten Männer wie den Genossen Abramowitsch zerbrechen oder in ihrem Glauben an den endlichen Sieg des Sozialismus verzweifeln machen.

Neben den großen Demonstrationen veranstalten die Arbeiter Groß-Berlins eine proletarische Feiertunde zur Erinnerung an die Gründung der Internationale vor 60 Jahren zur Aufseinerung des Kampfes gegen den Krieg und zur Begründung der Vertreter der Proletarier aller Länder. Eine Feiertunde, wie sie die proletarische revolutionäre Bewegung geboren hat und deren Hauptträger unser Sprechchor ist, dem wir schon so viele echte Weisheitsstunden und Stunden der Erhebung, der Ergriffenheit und der Begeisterung verdanken.

Das Proletariat kann seine Kämpfe nicht führen, wenn nicht zur verstandesmäßigen Betätigung auch die inbrünstige Hingabe, die lodernde Begeisterung und der große Glaube an die Sache kommen. Das Proletariat kann seine Kampfkraft nicht erhalten und steigern, wenn es seine Vorkämpfer nicht erfüllt mit einer hohen sozialistischen Eitelkeit, die sie über alle Gemeinheiten des täglichen Geschehens erhebt. Um im Proletariat diese Vorbereitungen für den Sieg zu schaffen, dazu bedürfen wir auch eines Instruments wie wir es im Sprechchor für proletarische Feiertunden glücklicherweise besitzen. Vom Sprechchor wird der Millionenarmee der proletarischen Massen aufgenommen und durch künstlerische Schulung in seiner Wirkung gesteigert weitergegeben. Der Sprechchor gibt unser aller Sehnsucht Ausdruck und unser aller Siegesvertrauen. Der Sprechchor ist ein Mittel des Klassenkampfes. Von jeder Feiertunde geht ein neuer Strom des Kampfes und des Selbstbewußtseins in die Massen über. Wie manche proletarische Feiertunde wurde uns beschied, die unerschütterlich für uns bleiben wird. Sehen wir alles daran, daß auch die Feiertunde am 21. September ein gelungenes Fest und eine würdige Begrüßung der Genossen werde, die unsere ausländischen Bruderparteien vertreten!

Bayern gegen Ludendorffs Frontring.

Verweisung an den Oberreichsanwalt?

Wir haben bereits berichtet, daß die Unterorganisation des von Ludendorff neu aufgelegenen Militärverbandes „Frontring“, der bayerische „Frontbann“, von der bayerischen Regierung aufgehoben wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde sogleich belastendes Material gefunden, daß die Geschäftsstelle des „Frontbann“ geschlossen und die fünf genannten Personen in Haft behalten wurden. Nach Abschluß ihrer Vernehmung wurden sie zur Lösung der Haftfrage dem Gericht übergeben. Zu der Angelegenheit schreibt nunmehr die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“:

Die Nachricht von der Verhaftung von Mitgliedern der Organisation „Frontring“ lenkt das Augenmerk der Öffentlichkeit neuerdings auf die trotz des herrschenden Verbots nicht aufgegebenen Bestrebungen einzelner Parteien, sich illegale Kampftruppen für parteipolitische Zwecke zu schaffen. Das Hineingreifen der Polizei in der Frontring und die Verhaftung einzelner führender Persönlichkeiten läßt den Schluss zu, daß es sich hier um eine Organisation handelt, in der eine Fortführung der verbotenen und angeblich aufgelösten völkischen Kampfverbände zu erblicken ist. Der Frontring ist keine auf Bayern beschränkte Organisation. Er hat seine Verbreitung im ganzen Reich, und wenn wir uns nicht täuschen, steht Ludendorff in einem Protektorenverhältnis zur Organisation. Bestätigt sich der Verdacht der bayerischen Gerichtsbehörde, daß es sich hier um eine Fortführung einer verbotenen Organisation handelt, so wird angeht die Tatsache des Vorhandenseins einer Reichsorganisation damit zu rechnen sein, daß sich auch außer bayerischen Gerichten deutsche, in diesem Fall der Oberreichsanwalt, mit der Angelegenheit zu befassen hat. In diesem Zusammenhang muß die Aufmerksamkeit auch auf den 1. Oktober gelenkt werden, für welchen Zeitpunkt befohlen ist das zuständige Gericht darüber zu entscheiden, ob Hitler die ihm in Aussicht gestellte Bewährungsfrist zu gewahren ist. Die Zubereitung solcher bedingter Begnadigung hat nach dem Sinn des Gesetzes nur dann eine Berechtigung, wenn alle Voraussetzungen dafür vorhanden sind, daß die Straftat nicht wiederholt wird. Dazu dürfte nach populärem Rechtsgefühl auch die vollkommene Reingung der Atmosphäre gehören, in der der Entschluß oder der Antriebe zur Tat entstanden ist. Die Erhebungen der Polizei werden einen Anhaltspunkt dafür ergeben, wie weit die Gefahr, die Bayern im November 1923 lebensgefährlich bedroht, jetzt beseitigt ist.

Die Erklärung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz verdient um so ernstere Beachtung, als diesmal der Ruf nach dem Oberreichsanwalt von Bayern ausgeht. Das läßt darauf schließen, daß das bei der Hausdurchsuchung aufgefunden Material tatsächlich außerordentlich belastend ist. In einem Punkte irrt aber die bayerische Korrespondenz. Der Frontring steht nicht nur unter dem Protektorat Ludendorffs, Ludendorff ist vielmehr der verantwortliche Führer der Organisation. Die Röhm und anderen Unterführer stehen in einem militärischen Befehlsverhältnis zu Ludendorff und die Mitglieder der Organisation werden — wenn wir uns nicht täuschen — auf Ludendorff vereidigt. Auf jeden Fall wird Ludendorff die Verantwortung für den „Frontring“ zu tragen haben, den die Volkspartei-Korrespondenz eine „illegale Kampftruppe für parteipolitische Zwecke“ nennt.

Der 6. deutsche Städtetag, der auf den 25. und 26. September nach Hannover einberufen ist, wird folgende Fragen behandeln: 1. Die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im Reich und in den Ländern; Berichtshatter: Bürgermeister Dr. Kälig, Dresden und Oberbürgermeister Dr. Mann, Erfurt. 2. Vereinheitlichung des preussischen Städtetags; Berichtshatter: Oberbürgermeister Blücher, Dresden und Oberbürgermeister Dr. Luppe, Nürnberg.

Worowitsch Mörder verhaftet. Der Mörder des ehemaligen russischen Botschafters in Italien, Worowitsch, wurde am Dienstag im Café Maxim in Genf verhaftet.

Wesse entwickelt und schließlich imstande ist, mit dem geringsten Kraftaufwand die größtmögliche Wirkung zu erzielen. Rein Geologischer als Darwin hat die ersten wissenschaftlichen Veröffentlichungen Roux', die bei der Mehrzahl der medizinischen Fachkreise keine günstige Aufnahme fanden, als einer befähigenden Beitrag zu seiner eigenen Lehre beifällig begrüßt und auf ihre Bedeutung hingewiesen. Allmählich gewann Roux auch die Anerkennung seiner Zeitgenossen, und zahlreiche Schüler beteiligten sich an der theoretischen Ausgestaltung und experimentellen Begründung der neuen Lehre. Roux war 1850 in Jena geboren, hatte erst Naturwissenschaften, dann Medizin und Philosophie studiert. Nach einer langjährigen Tätigkeit als Assistent an hygienischen und anatomischen Instituten wurde er 1888 außerordentlicher Professor und 1888 Direktor des eicns für ihn gegründeten Instituts für Entzündungskunde und Entwicklungsmechanik an der Breslauer Universität. Als ordentlicher Professor wurde er bald darauf nach Jansbrud und 1895 nach Halle berufen. Roux war übrigens einer der ersten, die für die Zulassung der Realschulmädchen und der Frauen zum medizinischen Studium eintraten.

Das Potsdamer Schauspielhaus eine G. m. b. H. Nach langen Verhandlungen ist jetzt über das Fortbestehen des Potsdamer Schauspielhauses entschieden. Das Theater ist in eine G. m. b. H. umgewandelt. Gesellschafter sind die Herren Oberst Winterfeld vom Bühnenvolksbund und Gerolf Betriebsleiter Khl von der Volkshöhne, ferner der Kaufmann Bling aus Potsdam und der bisherige Intendant Behlemann. Das Kapital, welches zur Eröffnung nötig war, beträgt 5000 Mk.; die Summe streckt die Stadt vor. Die Kronstadtverwaltung stellt das Theater mietfrei der G. m. b. H. zur Verfügung. Künstlerischer Direktor ist Intendant Behlemann.

Skandal in der Königsberger Kunstakademie. Allerhand Gerüchte von skandalösen Vorgängen an der Königsberger Kunstakademie wurden dieser Tage verbreitet. Es heißt, der dortige Professor Degner habe einige seiner Schüler angestiftet, gegen Kollegen, die keine persönlichen Gegner sind, tätlich vorzugehen, ihnen die Fenster einzuwerfen und dergleichen mehr. Das preussische Kultusministerium sendet jetzt an die Presse eine beschwichtigende Mitteilung, erklärt aber zugleich, daß Degner tatsächlich schon seit Wochen beurlaubt ist und keinen Unterricht erteilt und daß gegen zwei Akademiestudien ein gerichtliches Verfahren eingeleitet ist. Auch soll zur „Klärung der Verhältnisse“ ein Kommissar nach Königsberg entsandt werden und eine Änderung und Ordnung der unhaltbar gewordenen Zustände stattfinden.

Was heißt Dementieren? Bis her hat man angenommen, daß das Wort „Dementieren“ vom französischen „démentir“ herkommt, was so viel heißt wie „in Abrede stellen“ oder „abkneipen“. Nach neueren Untersuchungen, die auf Grund der Urten des Auswärtigen Amtes vorgenommen wurden, kommt aber „Dementieren“ vom lateinischen „dementia“, auf deutsch laut Georges Wörterbuch „Verstandeslosigkeit, Verrücktheit, un sinniges Gebaren“.

Direktor Feig Holl von der Volkshöhne am Sülpplatz bricht am Mittwoch, den 21. 7., um abends, im Bürgercafé des Rathauses über „Roberte Rege“. Einleitend durch die Kartenspieler des Volkshöhne z. B. (Kleinstr. 227, Köpenicker Str. 68, Barenhaus Str. u. f. w.)

Sowjetrussische Methoden.

Nach kapitalistisch-imperialistischem Vorbild.

Der sowjetrussische Volkskommissar Rakowski läßt durch die Pariser „Humanität“ erklären, daß die georgische Volkserhebung seit Anfang des Monats „vollkommen unterdrückt“ sei. Die Tatsachen widersprechen dieser Erklärung. Abgesehen davon, daß noch in den letzten Tagen von heftigen Kämpfen in Georgien berichtet wurde, befragen Meldungen aus russischer Quelle, daß größere Truppentransporte nach Georgien unterwegs sind, um der Lage Herr zu werden. Was soll also das Vertuschungsmanöver? Darüber schaffen die Moskauer Sowjetblätter volle Klarheit, die in aufgeregter Sprache gegen einen Vorschlag des französischen Sozialdemokraten Renaudel Stellung nehmen, in Georgien eine Volksabstimmung über die Regierungsform herbeizuführen. Derartige Vorschläge seien sowjetfeindlich.

Man steht diesen Butausbrüchen der Sowjetpresse einigermaßen erstaunt gegenüber. Hatte die Sowjetregierung nicht soeben noch feierlich aller Welt verkünden lassen, der georgische Aufstand sei nichts weiter als der mißlungene Versuch einiger Menschewisten und Adligen gewesen, die Macht an sich zu reißen, während die georgischen Bauern und Arbeiter begeisterte Anhänger des Sowjetregimes seien? Wenn diese Behauptung richtig wäre, müßte der Sowjetregierung nichts angenehmer sein als eine freie und unbeeinflusste Volksabstimmung in Georgien. Weshalb also die Aufregung, weshalb das empörte Zurückweisen eines Vorschlags, der für die Sowjetregierung nur nützlich sein kann?

Es scheint also, daß an den Beteuerungen der Kommunisten etwas nicht in Ordnung ist und die „Zweifeltja“ legen den Finger in die Wunde, wenn sie Georgien mit Marokko und dem Sudan vergleichen und fragen, weshalb in diesen Gebieten keine Volksabstimmung vorgenommen wird. Georgien ist der Sudan der Sowjetdiktatoren und man betreibt dort dieselbe imperialistisch-kapitalistische Kolonialpolitik, die in der zaristischen Zeit üblich war. Man wird sich hüten, eine Volksabstimmung zuzulassen!

Es ist nötig, angesichts dieser Haltung daran zu erinnern, daß die Sowjetregierung seinerzeit eine Volksabstimmung für Bessarabien verlangte und die ihr ergebene Presse einen Entrüstungsturm inszenieren ließ, als das unterblieb. Was Bessarabien recht ist, ist Georgien billig. „Gebt die Abstimmung in Georgien frei!“ müßte man demnach der Sowjetregierung zurufen, wenn man nicht von vornherein müßte, daß die Sowjetregierung und die kommunistische Zentrale ganz in der veralteten verlogenen-brutalen Denkweise des kapitalistischen Imperialismus befangen sind. Genau wie Erich Ludendorff durch seine Phrasen die Massen für seine imperialistischen Machtpläne zu gewinnen versuchte, verdeckt die Moskauer Egektine durch Schwindel und Verdrehungskunststücke ihr wahres Gesicht, wobei allerdings beide auf die Dauer kläglich Schiffbruch leiden müssen, weil sie sich in dem Reiz ihrer Widersprüche fangen.

Ein deutschnationales Panama.

Wie es in einer Provinziallandesbank zugeht.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Ostpreußen über die Zustände in der Landesbank der Provinz. deren Verwaltung sich ausschließlich in deutschnationalen Händen befindet. Die Einzelheiten, die in dieser Zuschrift über die Geschäftsführung der Landesbank mitgeteilt werden, sind derartig skandalös, daß sie geeignet sind, das allergrößte Aufsehen zu erregen, wenn sie sich bestätigen sollten. Wir sind neugierig, ob die ostpreussischen Deutschnationalen, die bekanntlich besonders energische Verfechter des „völkischen Deutschtums“ sind, die Angaben dieser Zuschrift werden widerlegen können. Es heißt dort über die Geschäftsführung der Bank:

„Ein Kaufmann Walleiner, der in Litfa ein Eisenhandel hat, ist das einflussreichste Mitglied des Verwaltungsrates. Ihm wurde zur Zeit der größten Geldknappheit der sehr hohe Kredit von 60 000 Goldmark zur Verfügung gestellt, und zwar vom 17. März 1924 ab zu einem Zinssatz von 14 Proz. jährlich,

während die anderen Kunden der Bank 72 Proz. zu zahlen hatten. Vom 1. Juni 1924 ab wurde der Zinssatz auf 20 Proz. erhöht! Die Höhe des Kredites bestimme der Verwaltungsrat, die Höhe der Zinsen Herr Landesrat Hud.

Der Kaufmann Rudolf Renner in Firma C. Heller in Königsberg gehört ebenfalls zu den Mitgliedern des Verwaltungsrates. Er brauchte für seinen Kolonialwarenhandel ausländische Devisen. In einer Zeit, in der die Devisen mit 1 bis 4 Proz. repariert wurden, wurde ihm, was er forderte, voll zugeteilt, und zwar entgegen den Bestimmungen der Devisenverordnung ohne vorherige Hinterlegung des Gegenwertes. Auch ihm wurde Kredit zu einem viel niedrigeren Zinssatz als den anderen Kunden gewährt.

Zur selben Zeit wurden Geschäftsteuern, die Hunderte von Arbeitern in ihren Betrieben beschäftigten und ihnen Brot und Nahrung geben, der zur Fortführung des Betriebes notwendige Kredit vom Herrn „Generaldirektor“ ohne stichhaltigen Grund verweigert, so daß Beschwerden bei der Königsberger Handelskammer schweben.

Beide Mitglieder des Verwaltungsrates haben sich also mit Hilfe des Landesrats Hud auf Kosten der Provinz, der die Bank gehört, bereichert.

Herrn Hud haben diese Dinge nicht geschadet. Er wurde, obwohl es ihm an jeglicher bantmäßigen Ausbildung fehlt, im Frühjahr dieses Jahres nach vierjähriger Tätigkeit zum Generaldirektor der Landesbank ernannt.

Wie steht es mit dem Grundsatz der Sparsamkeit, der von den Deutschnationalen den anderen immer gepredigt wird, und dessen Anwendung auf unsere Provinz, die ärmste des Staates, besonders notwendig ist? Der junge Herr Generaldirektor bezieht ein

Ministiergehalt.

Er wird nach der Beamtenbesoldungsklasse BI mit 40 Proz. Zuschlag bezahlt und erhält außerdem eine Lohntieme, die beinahe ebenso viel wie das Gehalt ausmacht. Er bezog im letzten Jahr die nicht gerade unerhebliche Summe von 33 000 Goldmark.

Der Herr Generaldirektor hat eine Dienstwohnung in der Stadt. Von ihr aus ist die Bank zu Fuß in 20 Minuten zu erreichen, mit der Straßenbahn in 10 Minuten, im Auto in 5 Minuten. Für diese Dienstreise, die er täglich viermal zu machen hat, benutzt er das ihm von der Bank für 20 000 Goldmark angeschaffte Dienstauto, wozu die Betriebskosten, Chauffiergehalt usw. kommen. Das alles zahlt Preußens ärmste Provinz!

Einige Mißstände sind schon an die Öffentlichkeit gekommen. Ein Direktor der Rebenkelle Hud wurde wegen Unregelmäßigkeiten verhaftet, der zweite hat sich erschossen. Wegen den Königsberger Direktor Wenderhold ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Für Herrn Generaldirektor Hud ist folgendes charakteristisch: ein kleiner Königsberger Bankier, der mit der Bank in Geschäftsverbindung steht, hat ihr besonders hochverzinsliche Wechsel zum Diskont an.

An dieser günstigen Anlage beteiligte sich Herr Hud persönlich, was wohl nicht ganz korrekt sein dürfte.

Vertreter des Landeshauptmanns v. Brünned ist der erste Landesrat Blunt. Dieser hat bei der Einführung neuer Aktien durch die Landesbank von dieser privat einen Posten Aktien zu dem Uebernahmepreis gekauft, den die Bank selbst an die Aktiengesellschaft zahlte, während er natürlich nicht anders behandelt werden dürfte als jeder andere Kunde, der von der Bank Aktien kauft. So werden von diesen Herren fortlaufend Bank, Provinz und Steuerzahler geschädigt.

Eine ungeheuerliche Schädigung, an der nicht nur die ostpreussische Landesbank beteiligt ist, liegt weiter in folgendem: In Berlin besteht die Landesbankzentrale, die die Landesbanken aller preussischen Provinzen zusammenschließt. In ihrem Aufsichtsrat sitzt auch Generaldirektor Hud. Diese Zentrale hat im Winter 1923 an Effektageschäften, die sich zum Teil auf sehr spekulative Papiere bezogen, die niedliche Summe von zwei Millionen Goldmark verloren. Dieser Verlust wurde von den einzelnen Landesbanken gedeckt, und zwar, ohne daß die Deckenfähigkeit etwas davon ersah. Die Ostpreussische Landesbank hat dazu 250 000 Goldmark beigetragen.

Wann werden die Verantwortlichen des Herrn Hud zur Rechenschaft gezogen? Die Verantwortlichkeit des Herrn Hud ergibt sich aus obiger Darstellung von selbst. Ebenso die des Herrn Blunt für den angeführten Fall. Aber auch Herr v. Brünned ist für Fahrlässigkeit bei der Auswahl des banktechnisch ganz unerfahrenen Hud wie für dessen mangelnde Beaufsichtigung verantwortlich. Es wäre dringend zu wünschen, daß sogleich Kommissar geschickt und für die Zukunft weiteren Schädigungen vorgebeugt wird.

Auf diese sehr eingehenden Angaben hin wird der Minister des Innern zweifellos Beratungen nehmen, einzugreifen und eine Prüfung der Geschäftsführung veranlassen. Die Öffentlichkeit wird sicher mit Interesse das Ergebnis dieser Untersuchung abwarten.

Notstandskredite für Ernteschäden.

Augenblicklich bereitet eine amtliche Kommission, bestehend aus zwei Vertretern des Landwirtschaftsministeriums und je einem Vertreter des Innen- und Finanzministeriums zur Feststellung der Ernteschäden in Preußen die besonders heimgelegten Gebiete. Die Kommission war am Mittwoch in Weiskalen, sie geht am Freitag nach Kassel, von da nach Wiesbaden und dann in die Rheinprovinz, so daß in etwa acht Tagen ein Bericht über den Umfang des Ernteaussfalls vorliegen wird. Die Bewüstungen erstrecken sich nicht nur auf einzelne Gebiete, sondern auf ganze Landstriche. Der Ernteaussfall in den verheereten Gebieten schwankt zwischen 50 und 80 Proz. Wenn man die Gesamtverluste ins Auge faßt und berücksichtigt, daß infolge des noch immer anhaltenden schlechten Wetters auch die Kartoffelernte bedroht wird und ein Teil der Kleinbauern nicht nur Saatgetreide, sondern auch Brotgetreide kaufen muß, so ist mit einem Notstandskredit zwischen 100 und 300 Millionen zu rechnen. Da die finanziellen Anforderungen der Notstandsaktion also sehr beträchtlich sein werden, kann von einem allgemeinen Fällbestellungskredit keine Rede sein.

Weitere Vertuschung.

Im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages über die politischen Morde hat am Mittwoch die bürgerliche Mehrheit ihre Vertuschungspolitik mit einem neuen Streich gekrönt. Sie beschloß nämlich, daß der Ausschuss die Urteile der Schwurgerichte, zumeist skandalöse Freisprüche gefändiger oder überführter Mörder von rechts, nicht mehr kritisieren sollte, ebensowenig die einseitige Zusammenziehung der Geschworenenbänke. Der Berichtshatter, Genosse Kuttner, hatte nämlich festgesetzt, daß bei allen Schwurgerichtsfällen, die er bisher bearbeitet hatte, etwa zehn, er noch nicht auf eine einzige Geschworenenbank gestoßen sei, in der auch nur ein einziger Arbeiter gesessen habe. Diese Feststellung war der Ausschuss mehrheitlich unbeeindruckt, deshalb wurde dieses Gebot schleunigst ausgeführt. Um auch die Sprüche der Geschworenen selber auszuheilen zu können, griff die Ausschussmehrheit sogar zu der unberoboren juristischen Konstruktion, daß die Schwurgerichte keine Staatsorgane seien! Offenbar hält man sie für private Bergnügungsclubs.

In dieser Selbstbeschränkung wurde dann der Fall Ritter behandelt. Der Reichswehrsoldat Ritter hat im März 1919 den Arbeiter Piontel, weil dieser ihm Feuer für eine Zigarette verweigerte, an eine Mauer gestoßen und durch fünf Schüsse ermordet. Ritter wurde durch seine militärischen Vorgesetzten in skandalöser Weise begünstigt. Sein Truppenteil erstattete den wissenschaftlich unwarhren Bericht, daß Piontel erschossen worden sei, weil er Reichswehrtruppen bedroht, ein Messer gezogen und einen Fluchtversuch gemacht habe. Obwohl Ritter von seinen eigenen Kameraden auf das schwerste belastet wurde, blieb er ruhig in der Reichswehr und besaß die dort sogar eine Vertrauensstellung. Das kriegsgerichtliche Verfahren wurde in jeder Weise verschleppt. Als endlich mit dem Aufhören der Kriegsgesetze die Sache an das Zivilgericht überging und dieses einen Haftbefehl gegen Ritter erließ, verweigerte der Truppenteil des Ritter kurzerhand dessen Ausführung! Die vorgeschickten Offiziere stellten dem Ritter geradezu febelhaft günstige Zeugnisse aus, obwohl Ritter von seinen eigenen Kameraden als roher und blutgieriger Mensch geschildert wird, der in der Kompanie den Spitznamen „Blutritter“ führte. Ritter ist schließlich mit ganzen drei Jahren Gefängnis, abzüglich neun Monate Untersuchungshaft, bestraft worden. Ein Mitarbeiter, namens Wendler, wurde gänzlich freigesprochen. Die Mehrheit des Ausschusses wollte in diesem Falle nur konstatieren, daß die preussischen Justizbehörden kein Verschulden treffe. Unsere Vertreter hoben hervor, daß es eine Verletzung der Öffentlichkeit sei, wenn man dieses beschließende unter gleichzeitiger Verschweigung, was Militärjustiz und Militärbehörden sich an Befähigung des Ritter geleistet haben. Gegen die Stimmen der Linken wurde der bürgerliche Antrag angenommen.

Sodann wurde die Ermordung des Arbeitslosenführers Hoffmann-Henssler im Jahre 1920 verhandelt. Die Akten ergaben, daß nach aller Indizien Hoffmann tatsächlich einen Fluchtversuch gemacht zu haben scheint, als er erschossen wurde. Dagegen steht einwandfrei fest, daß die Schutzpolizei bei der vorangehenden Festnahme des Hoffmann und Hausdurchsuchung bei Hoffmann rechtswidrig verfahren ist. Doch schließt die Ausschussmehrheit auch diesen Punkt als nicht zur Sache gehörig aus. Am Donnerstag werden die Beratungen fortgesetzt.

Zum Fall Leinert.

Der „Ordnungsblock“ wird bödsartig.

Hannover, 17. September. (Eca.) Zum Fall Leinert hat die bürgerliche Mehrheit des Bürgervereiner-Kollegiums in einer Sitzung heute erneut Stellung genommen. Es wurde folgender Antrag an den Magistrat beschlossen: „Die Fraktion Ordnungsblock und die deutsch-hannoversche Fraktion ersuchen den Magistrat, nach im Laufe dieser Woche eine gemeinschaftliche öffentliche Sitzung einzuberufen mit folgender Tagesordnung: Die städtischen Kollegien beschließen: 1. den Oberbürgermeister Leinert wegen seiner wider besseres Wissen erfolgten Selbstbezichtigung der Täuflung des Magistrats und der Bürgervereiner für unwürdig der Stellung eines Beamten zu erklären, 2. den Herrn Regierungspräsidenten zu ersuchen, gegen Herrn Leinert das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amnestiehebung einzuleiten unter sofortiger Dispensierung vom Amte. 3. Herrn Leinert aufzufordern, sich sofort der Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit, insbesondere auch der Teilnahme an deutschen Städtetagen zu enthalten.“

Gewerkschaftsbewegung

KPD-Reformismus.

Die ganze Serie der über den permanenten Generalfstreik auf dem Weg zur „Weltrevolution“ führenden kommunistischen Parolen hat ihre Zugkraft verloren. Da jedoch die KPD, ohne Parolen nun einmal nicht leben kann, verläßt sie jetzt auf die viel verlässlicheren und von ihr als reformistisch verkündeten Gewerkschaftsparolen: „Achtstundentag“ und „Mehr Lohn!“ Selbstverständlich droht es sich für die KPD, auch dabei nur um ein Mittel für ihre Zwecke. Dennoch ist es charakteristisch, daß die Parolen der KPD, nunmehr in gewerkschaftliche, in „reformistische“ Form gekleidet werden. Auch den Arbeitern in der KPD, liegt das „reformistische“ Jhemd günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen weit näher als der radikale Rost der Weltrevolution.

Um die Wandlung zu markieren, wird die neue Paroleausgabe mit der üblichen Schimpferei auf die Gewerkschaftsführer eingeleitet, die ja bisher in ihrer ganzen „reformistischen“ Tätigkeit stets der Gewerkschaftsparole „Mehr Lohn!“ gefolgt sind. Gerade diese „reformistische“ Tätigkeit der Gewerkschaften wurde den „reformistischen“ Gewerkschaftsführern von den Kapelbisten als „Verrat“ angesehen.

Die „Rote Fahne“ kann beim besten Willen nicht bestreiten, daß der gegenwärtige Zustand zweifellos besser ist als der in der vorjährigen Inflationsperiode. Den Gewerkschaftsführern wird unterstellt, sie hätten die Phrase gebraucht: „Alles wird wieder gut, wenn wir wieder stabile Währung haben.“ Die „reformistische“ Einstellung der Gewerkschaftsführer bringt es schon mit sich, daß sie das Phrasenmachen anderen Leuten überlassen müssen, die es gewerkschaftlich betreiben. Nach Einführung der Rentenmark ist die Lohnregelung und Lohnzahlung insofern besser geworden, als sie regelmäßiger, beständiger geworden ist. Anders steht es allerdings um die Lohnhöhe. Die zu niedrigen Löhne spiegeln einmal die wirtschaftliche Krise wieder, zugleich aber den Stand der Gewerkschaften.

Nachdem die Kommunisten eine wesentliche Schwächung der gewerkschaftlichen Widerstandskraft erreicht haben, sowohl durch Verdrängung der Mitglieder durch Spaltung und Sprengung der inneren Einheitsfront, kommen sie jetzt wieder mit der an sich erfreulichen Parole der gewerkschaftlichen „Einheitsfront“, der jedoch nach all den Erklärungen, mit denen sie die KPD, ausgestattet hat, das Odium der Unaufrichtigkeit und Hinterhältigkeit anhaftet.

Um diese „äusserliche“ „Einheitsfront“ zu fördern, wird behauptet, die Gewerkschaften und ihre Führer kümmern sich nicht mehr um die Erhöhung der Löhne, da sie den Proletariern „einen neuen Schwindel“, die „Segnungen des Dawes-Planes“ plausibel zu machen hätten. Es lohnt sich nicht, mit einer Partei, die in der Frage des Sozialisierungsgutachtens mit den Deutschnationalen und den Bolschewiken eine Einheitsfront bildet, über diesen Gegenstand zu diskutieren. Die nächsten Wirkungen des Abkommens über das Dawes-Gutachten müssen sich in einer Verringerung der Kreditnot äußern, die zur Belebung von Handel und Wandel führt und damit zur Verhütung weiterer Betriebsstilllegungen und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Das fürchtet die KPD.

Die Gewerkschaften wissen weit besser als die Strategen der KPD, daß die gegenwärtigen Löhne durchweg unzureichend sind, der Aufbesserung dringend bedürfen. Die „reformistischen“ Gewerkschaftsführer müßten jedoch so verantwortungslos und gewissenlos sein wie die KPD, wenn sie in der Krisenzeit der letzten Monate sich in größere Lohnkämpfe eingelassen hätten. Die Geschäfte der kommunistischen Verzweiflungsstrategie zu verfolgen, ist nicht Sache der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsführer. Das überlassen wir den dazu bestellten KPD-Strategen. Dafür müssen diese es wagen oder über den Gewerkschaften überlassen, die Lohnkämpfe zu führen.

„Der Lohn muß erhöht werden!“ Ganz recht! Deshalb fordern wir, daß die Löhne in den Gewerkschaften unverzüglich ausgesetzt werden. Die „Rote Fahne“ (vom Dienstag) aber sagt: „intensive Aufklärungsarbeit unter den Erwerbslosen ist notwendig.“

Die Erwerbslosen sind sicher mit uns der Meinung, daß für sie weit notwendiger als kommunistische „Aufklärung“, die Beschaffung von Arbeit ist. Sei es zunächst auch nur zu den gegenwärtigen Löhnen. Und eben deshalb, um die Zahl der Arbeitslosen nicht noch außerordentlich zu steigern, können in Zeiten wirtschaftlicher Krise Lohnbewegungen nicht mit der Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden als in Zeiten günstigerer Konjunktur mit geringer Arbeitslosigkeit. Die notwendigen Lohnkämpfe aber werden um so eher eingeleitet und um so aussichtsreicher geführt werden, je weniger die KPD, gegen die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsführer heißt, um die „Einheitsfront“ herbeizuführen und sich nicht in „reformistische“ Dinge einmischt, die sie nichts angeht.

Ernte, Tarife und Leute in Ostpreußen.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 3. September Dr. Fritz Skowronnek einen Aufsatz. In diesem Artikel wird u. a. die schädliche Einwirkung des Regenwetters auf die Ernte erheblich übertrieben. Zugegeben ist, daß ungewöhnliche Regengüsse in den letzten Wochen stattgefunden haben, jedoch ist dadurch nicht, wie angegeben, in erster Linie die Roggenernte, sondern in weit größerem Umfange die Sommerernte betroffen worden. Gerade zur Zeit der Roggenernte waren einige verhältnismäßig regenlose Wochen, die es gestatteten, den Roggen günstig hereinzubringen.

Unter den „Leuteverhältnissen“ leidet nach der Auffassung des Herrn S. die ostpreussische Landwirtschaft sehr. Das komme am besten in der Feststellung zum Ausdruck, daß sich bei vielen Stellen der Anreiz zu erhöhtem Verdienst durch Ueberstunden als durchaus nicht zugräftig erwies. Aus welchen Gründen sich das erklärt, wird von dem Artikelschreiber nicht angegeben. So wollen wir es denn tun. Die Landarbeiter Ostpreußens

empfinden deshalb keine starke Neigung, Ueberstunden zu verrichten, weil man ihnen die Ueberstunden mit einem Lohnsatz bezahlt, der zum Teil niedriger, zum anderen nicht viel höher ist als die in anderen landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands gezahlten durchschnittlichen Stundenlöhne und weil vom letzten landwirtschaftlichen Streik in Ostpreußen her noch so viel gemahregelte Landarbeiter auf der Strecke liegen, daß es sogar einzelne Arbeitsnachweise für angebracht hielten, im Interesse der Unterbringung dieser Leute die Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Landarbeiter zu verweigern. Die Tatsache, daß in Ostpreußen während vier Monate 11 Stunden täglich gearbeitet werden muß, während in anderen Gegenden Deutschlands die eifündige Arbeitszeit nur einige Wochen Geltung hat, sei nur beiläufig erwähnt.

Als eine absichtliche Irreführung der öffentlichen Meinung muß es bezeichnet werden, wenn Dr. S. erklärt, die ostpreussischen Landarbeiter haben es nicht notwendig, Ueberstunden zu leisten, weil sie auch ohne solche bedeutend höhere Löhne verdienen als die in anderen Gegenden Deutschlands beschäftigten Landarbeiter. Der Lohn der ostpreussischen Landarbeiter ist in Wirklichkeit der niedrigste in ganz Deutschland und beträgt trotz der augenblicklich 25 Proz. über dem Friedenspreise stehenden Getreidepreise pro Stunde etwa 20 Pf., wenn berücksichtigt wird, daß jeder Deputat-arbeiter außer seiner Arbeitskraft mehrere Hofgänger zu stellen hat, wovon ein vollarbeitfähiger männlicher in den Sommermonaten bei eifündiger Arbeitszeit einen Tagelohn einschließlich Naturallohn von 1,50 M. = pro Stunde 13 Pf. erhält.

Wenn Dr. S. die Löhne der Magdeburger Börde als niedriger als die in Ostpreußen bezeichnet und zum Beweise dafür die hier und dort zu liegende Deputatmenge aufführt, so vermag er hierbei anzugeben, daß für die Höhe des Gesamtlohnes in der Magdeburger Börde der Barlohn, der 20 Pf. pro Stunde beträgt, ausschlaggebend ist. In Ostpreußen beträgt demgegenüber der Barlohn durchschnittlich nur 3 1/2 Pf. pro Stunde.

Zu allen diesen Tatsachen kommt noch die Behandlung der Leute in Ostpreußen. Sie ist fast nirgends so schlimm wie hier. Es ist nicht selten, daß erwachsene Hofgänger mit der Reitpeitsche geschlagen werden. Die Peitsche ist der ständige Begleiter der Arbeitgeber und Inspektoren und hat auf dem Gut des Herrn von Schenk in Faulhoden dazu geführt, daß ein Arbeiter grundlos von einem Inspektor durch einen Brustschuß schwer verletzt wurde. Einzelne Arbeiter liegen durch die Schuld pflichtwidrig handelnder Amtsvorsteher wochenlang auf der Straße oder werden in Ställen, Spritzenhäusern oder gar in Gefängnissen untergebracht, wie es beispielsweise kürzlich durch den Amtsvorsteher Sdun in Röschen, Kreis Osterode, geschah. Unter dem Druck dieser Verhältnisse lassen sich die Arbeiter heute das größte Unrecht seitens der Arbeitgeber gefallen.

Die Tendenz des Artikels des Dr. S. ist klar. Man will die öffentliche Meinung für den landwirtschaftlichen Zollschuß einlagern, die Regierung zu größerem Entgegenkommen in der Kredit- und Steuerfrage der Landwirtschaft gegenüber bewegen und die Behörden gegen die Landarbeiter scharf machen, von denen man weiß, daß sie sich die augenblicklichen miserablen Löhne und vor allem die skandalöse Behandlung nicht mehr länger gefallen lassen.

Internationaler Landarbeiterkongress.

Gestern nachmittag wurde im Verbandshaus des Deutschen Landarbeiterverbandes der dritte Kongress der Internationalen Landarbeiterverföderation eröffnet. Vertreten sind die Organisationen von Dänemark, Deutschland, England, Holland, Polen und der Tschechoslowakei mit zusammen 17 Delegierten. Von der Gärtnerorganisation in der Schweiz, dem Landarbeiterverband in Ungarn und der Arbeiterunion in England liegen Entschuldigungsschreiben vor.

Für den zum Unterstaatssekretär berufenen bisherigen Präsidenten der Föderation, Smith-England, eröffnet der Verbandsvorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, Genosse Georg Schmidt, den Kongress mit einem herzlichen Willkommensgruß an die Delegierten. Er erinnert hierbei an die brüderliche Hilfe, welche die ausländischen Organisationen dem Deutschen Landarbeiterverband während der Inflationszeit zuteil werden ließen, dankt hierfür herzlich im Namen der freigewerkschaftlichen deutschen Landarbeiter und verspricht, daß die deutsche Organisation die Gegenseitigkeit nicht verzeihen wird. Das Wüten der landwirtschaftlichen Arbeitgeber in allen Ländern ist auf den Mitgliederbestand der ILL nicht ohne Einfluß geblieben. Alle Anzeichen sprächen aber dafür, daß überall mit neuem Mut darangegangen wird, den Verlust wettzumachen. Grund, pessimistisch zu sein, liege deshalb nicht vor.

Auf Vorschlag Hiemstra-Holland wird Schmidt-Deutschland zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattet der Sekretär der Internationalen Landarbeiterverföderation, Hiemstra, den Geschäftsbericht. Aus dem Bericht ist erwähnenswert:

Gegenwärtig sind der ILL 16 Verbände mit einer Mitgliederzahl von rund 480 000 angeschlossen. Nicht mitgerechnet sind bei dieser Zahl die Mitgliederzahlen der Landarbeiterverorganisationen in Italien und Schweden. Die italienische Organisation, die 1921 mit 800 000 Mitgliedern an erster Stelle marschierte, ist infolge der faschistischen Gewalttaten fast gänzlich zusammengebrochen. Die französische Landarbeiterverorganisation ist ebenfalls so gut wie verschwunden.

Auf der letzten Generalversammlung der ILL wurde beschlossen, die deutsche, dänische und schweizerische Gärtnerorganisation zuzulassen. Die Möglichkeit eines Anschlusses der schwedischen und tschechoslowakischen Gärtnerorganisation wurde angefündigt. Das Anschlußsuchen der bulgarischen und russischen Landarbeiterverorganisationen wurde zunächst abschlägig beschieden, nachdem sich der letzte Kongress der ILL, offen gegen jede Verbindung mit diesen Organisationen ausgesprochen hat.

Gemäß dem Beschlusse der letzten Generalversammlung behandelt das Exekutivkomitee eingehend die Frage der Arbeitszeit in der Landwirtschaft. Die Beratungen wurden mit einer Entscheidung abgeschlossen, die den Achtstundentag grundsätzlich betont, aber mit Rücksicht auf die in den verschiedenen Ländern gegebenen Verhältnisse klimatischer und ökonomischer Art erklärt, vorläufig den Gedanken des Neunstundentages zu propagieren.

In Verbindung mit der christlichen Landarbeiterinternationalen wurde an die Regierungen aller dem Internationalen Arbeitsamt angeschlossenen Länder das Ersuchen gerichtet, die auf der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1921 gefassten Beschlüsse bezüglich der landwirtschaftlichen Arbeit zu ratifizieren. Aus den hierbei eingegangenen Antworten war ersichtlich, daß in Holland, Norwegen und Letland den dortigen Parlamenten die Beschlüsse zur

Ratifikation vorgelegt worden waren. Die österreichische Regierung teilt mit, daß einige Bestimmungen bereits durch Gesetz festgelegt seien, während die deutsche Regierung mitteilen ließ, daß alle Beschlüsse, mit Ausnahme derjenigen über die Unterstützung an Frauen im Falle der Niederkunft, dem Reichstag zur Ratifizierung vorgelegt werden würden. In den im Einvernehmen mit dem Internationalen Arbeitsamt und dem Landwirtschaftlichen Institut in Rom geschaffenen Beirat für die Landwirtschaft hat die ILL, den Genossen Schmidt-Deutschland als technischen Beisitzer delegiert.

Der Berichterstatter schließt mit der Feststellung, daß der Bericht kein rosiges Bild aufweist. Es sei aber schon bereits durch den Vorliegenden des Kongresses zum Ausdruck gebracht worden, daß es nicht undenkbar sei, zu hoffen, es würde den angeschlossenen Verbänden bald wieder gelingen, das verlorengegangene Terrain wiederzugewinnen.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Arbeitsstreckung in der Schmelzindustrie.

Dortmund, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über den Antrag des Eisen- und Stahlwerks Union auf Stilllegung eines Teils der Bergwerksbetriebe führten zu der Vereinbarung, daß das Bergwerk II bis zum 27. September unter beschränkter Arbeitszeit weiter arbeitet. Falls die Aufträge sich nicht mehren, sollen die Arbeiter unter Ueberweisung an die Erwerbslosenfürsorge beurlaubt werden.

Beilegung des Wiener Metallarbeiterstreiks.

Wien, 17. September. (U.) Der Streik der Metallarbeiter kann als beendet bezeichnet werden, wenn auch die Wiederaufnahme der Arbeit nicht gleich überall erfolgen wird. Die Arbeitgeber haben eine generelle Erhöhung der Löhne um zehn Prozent und eine zwanzigprozentige Erhöhung der Mindestlöhne zugestanden, doch tritt zunächst ein Provisorium von zwei Monaten in Kraft. Nach Ablauf dieser zwei Monate soll ein neuer Vertrag geschlossen werden. Die vollkommene Wiederaufnahme der Arbeit wird erst am kommenden Montag möglich sein. Heute und morgen werden sowohl die Plenarversammlungen der Industriellen als auch die der Betriebsräte der Arbeiterschaft zu dem obigen Kompromiss Stellung nehmen. Auch heute nachmittag war die Stadt ohne elektrisches Licht und ohne Starkstrom.

(Bekanntlich ist der Streik ausgebrochen infolge der Zumutung der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne um 15 Proz. herabzusetzen. Darauf gingen die Arbeiter zum Gegenangriff über mit dem oben mitgeteilten erheblichen Erfolg.)

Die belgischen Bergarbeiter lehnen ab.

Brüssel, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Abstimmung der Bergarbeiter im Vorname am Mittwoch ergab 16000 Stimmen für die Fortsetzung des Generalstreiks und 2500 Stimmen dagegen.

Der Konflikt im holländischen Bergbau.

Amsterdam, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Lohnkonflikt im limburgischen Kohlenbeken droht zu einem allgemeinen Streik im niederländischen Bergbau zu führen. Eine Anzahl Kaufleute in Heerlen, dem niederländischen Voozum, hat sich bereit erklärt, im Streikfall die streikenden Bergarbeiter möglichst zu unterstützen. Die Väder-Jnning in Heerlen hat beschlossen, während der Dauer eines Bergarbeiterstreiks Brot zum Selbstgestehungspreis an die Streikenden zu verkaufen.

Die „Dienstboten“ in Sowjetrußland.

Das kommunistische Zentralorgan in Moskau, die „Pravda“, brachte in ihrer Nummer 193 folgende Schilderung aus dem Sowjetparadies:

„Das Leben der Dienstboten hat sich wenig verändert. Sie werden in der unermesslichsten Weise ausgebeutet. Die Dienstboten arbeiten 15 bis 17 Stunden ununterbrochen. Das Gehalt beträgt 2 bis 5 Rubel (im Monat), (4 bis 10 M. monatlich! Red. d. B.) Was die Arbeitskleidung und die Versicherung betrifft, so werden die Dienstboten, wenn sie auch nur daran denken, von den Arbeitgebern auf die Straße geworfen. Will ein Dienstbote nicht freiwillig gehen und die geforderte vorgeschriebene zweiwöchige Frist ableisten, so wird ihm das Leben zur Hölle gemacht. Die Folge ist dann, daß er selber forstgeht, und irgendwo hinter dem Jaun oder auf dem Bahnhof nachhakt.“

Wo ist aber der Dienstbotenverband? Was hat er für sie geleistet? Es wurde für die Dienstboten ein Heim gegründet, aber dieses erwarb sich bald den Ruf eines Bordells, in dem es nur einen Herrscher gab: die Geschlechtskrankheit. Jetzt ist dieses Heim geschlossen.“

Die Moskauer Weltkonsumgüter hätten alle Ursache, zunächst vor ihrer eigenen Tür zu kehren, bevor sie sich so übereifrig der sich „in rosenden Schmerzen windenden“ Arbeiterschaft der übrigen Länder, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, annehmen. Wir in Deutschland würden gerne bis dahin auf alle Moskauer Parolen verzichten.

Zur Tarifbewegung im Berliner Verkehrsgewerbe wird mitgeteilt, daß sich die Forderungen der Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn zunächst nicht auf direkte Lohnerbömmen erstrecken, vielmehr anderweitige Regelung der Krankengeldzuschüsse, des Urlaubs und Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden. Ein Verhandlungstermin steht noch nicht fest. Bei der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft haben am Mittwoch nachmittag mit den Vertretern des technischen Personals Verhandlungen stattgefunden, die aber wegen einiger noch strittiger Punkte am nächsten Dienstag vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt werden. Am gleichen Tage wird auch mit den Vertretern des Fahrpersonals vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden.

Deutscher Solarbeiterversband. Kammerer: Vertrauensmännerversammlung am Freitag nachmittag 5 Uhr im Glanzsaal Kungestr. 30, posterre.

Betriebsarbeiterverband. Sebalianstr. 37/38. Damenkonkurrenz (Münster, Aulhäuser). Bruchensversammlung morgen (Freitag) abend 7 Uhr in den Zentral-Festhallen, Alte Jochstr. 34. Die Folgen der marokkanischen Affäre: was ist dagegen zu tun? Kolleginnen und Kollegen! Friede, daß für nicht länger gewillt seid, Euch willkürlich entzogen und ausbeuten zu lassen. Erscheint daher alle in dieser Versammlung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krater; Wirtschaft: Fritz Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freiwirtschaft: A. B. Böcher; Soziales und Sonstiges: Fritz Rathbald; Anzeigen: H. Grotz; sämtlich in Berlin. Verlag: Sozialistische Partei G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Ruhmhardt und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O. 65, Lindenstraße 3. Hierzu zwei Beilagen und „Frauenstimme“.

KRESSIN
MOHAR 5 1/2
in Blechpackung
Die Marke des
Qualitätsrauchers

ZIGARETTEN
MOHAR LUXUS 8 1/2
Die Marke des
Feinschmeckers

Das Fräulein an der Schreibmaschine.

Der Beruf der Stenotypistin ist erst in neuerer Zeit zu einer selbständigen Berufsgattung geworden. In früheren Jahren, als die Schreibmaschine als Büromaschine noch nicht „entdeckt“ war, mußten die Arbeiten der Stenotypistin von geringer qualifizierten kaufmännischen Angestellten verrichtet werden, denen vielleicht außerdem noch die Erledigung weiterer einfacher Bureauarbeiten oblag. Erst nach und nach kam die berufsmäßige Maschinenschreiberin zu ihrer selbständigen Stellung im Bureauarbeiterberuf.

Lehr- und Übungsjahre.

Die frühere handschriftliche Anfertigung der Schriftsätze, der Geschäftsbriefe, der Korrespondenzen usw. setzte nur eine mehr oder weniger gute und wenn möglich auch schnelle Handschrift beim Angestellten voraus. Nur in wenigen Fällen wurde die Kenntnis der Stenographie verlangt und nur die selbständigen Korrespondenten mußten über eine längere Ausbildungszeit Zeugnis ablegen können, resp. eine längere Praxis hinter sich haben, die sie zur Führung des Amtes befähigte. Für die heutige Berufsstenotypistin ist aber neben guter Allgemeinbildung eine längere Schulzeit auf einer Handelsschule eine unbedingte Notwendigkeit. Die jungen Mädchen werden auf der Schule mit dem Mechanismus der verschiedensten Systeme der Schreibmaschine vertraut gemacht, was zur Auffindung von Störungsursachen beim Schreiben von großem Wert ist. Das Schreiben auf einer Maschine erfordert aber auch ein weitgehendes Gedächtnis- und Anpassungsvermögen, denn der Unterschied in der Konstruktion und dem dadurch bedingten guten oder schlechten, leichten oder schweren Funktionieren der Maschine ist bei den vielen Systemen, die von den vielen Fabriken auf den Markt gebracht werden, sehr groß. Es haben sich infolgedessen direkt Spezialisten-Gruppen unter den Stenotypistinnen gebildet, die wenn es der Arbeitsmarkt irgend erlaubt, nur bestimmte Systeme schreiben. Bei der Ausbildung ist die Hauptsache die Übung. Der Vortritt macht sich nur schwer einen Begriff von der Kompliziertheit eines fachgemäßen Schreibens auf der Maschine. Jeder Finger hat seine bestimmten Tasten, die er bearbeiten muß, der Anschlag der Typen gegen die Maschine und damit gegen das Papier muß von einer bestimmten Stärke sein, damit die Schrift leserlich und gleichmäßig erscheint und trotzdem Fortschritt, Walze und Papier geschont werden. Hauptforderung bei einer guten Stenotypistin ist natürlich neben einer fehlerlosen Orthographie die Schnelligkeit, mit der sie Stenographiertes oder Diktirtes zu Papier bringen kann. Eine gute Kraft wird beim nicht zu schnellen Diktieren mit dem gesprochenen Wort Schritt halten können; das Abschreiben erfordert längere Zeit, weil hierbei Kopf und Augen fortgesetzt hin und her gehen müssen. Für eine perfekte Stenotypistin besteht auch nicht die Notwendigkeit, dauernd den Blick auf den Tasten zu heften, sie schreibt den größten Teil ihrer Arbeit „blind“, so wie etwa ein geübter Klavierspieler, ohne dauernd auf die Tasten zu stieren, sein Stück spielt. Das alles ist nur durch sachgemäße Unterweisung und dauerndes Üben zu erreichen, wobei natürlich die Ausbildung während der Schulzeit durch eine längere Praxis ergänzt werden muß. Ein Unterschied ist zwischen einer Stenotypistin und einer Maschinenschreiberin zu machen und gerade die Berufsangehörigen legen den größten Wert auf diese Unterscheidung. Die Stenotypistin muß stenographieren können, während die Maschinenschreiberin lediglich für die Arbeit an der Schreibmaschine bestimmt ist. Der Unterschied macht sich natürlich auch in der Entlohnung bemerkbar. Während für eine perfekte, geübte Stenotypistin, die die Kurzschrift so gut beherrscht, daß sie mit einem fließend gedruckten Diktat mithalten kann, immerhin annehmbare Gehälter gezahlt werden, muß sich die Maschinenschreiberin mit etwa dem entsprechenden Gehalt einer Kontoristin begnügen. — So hat sich der Beruf der mit der Maschine Schreibenden zu einem Spezialberuf im kaufmännischen Gewerbe entwickelt, der ebenso wie andere Berufsarten eine besondere Eignung, besondere Ausbildung und besondere Berufstüchtigkeit verlangt.

In und neben dem Beruf.

Die Stellung der Stenotypistin im Kaufmannsberuf ist schon immer gegenüber ihren anderen Kollegen etwas abgeändert gewesen. Anlosch dazu war wohl die innigere Berührung mit höher gestellten Angestellten und Beamten, die bei der Aufgabe von Dik-

taten zumeist ein von dem allgemeinen Bureaubetrieb abgeordnetes Zimmer benutzen mußten, um in Ruhe arbeiten zu können. Aber auch wegen des Speltatels, den die Schreibmaschinen immer noch verursachen, wurden in vielen Betrieben besondere Schreibzimmer eingerichtet. Es liegt vielleicht in der menschlichen Natur begründet, daß sich aus diesen Umständen heraus ein gewisser Dünkel bei vielen Stenotypistinnen herausgebildet hat, der zu einer Absonderung dieser „Eingebildeten“ führte. Die Vertreter unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise haben sich das bald zunutze gemacht, weil sie er-



kannnen, daß eine solche freiwillige Absonderung bequem zu einer absichtlichen Trennung der Arbeitergruppen ausgebaut werden kann, die dann nach dem System: Teils und herrsche zum Schaden bald dieser, bald jener Gruppe angewandt wurde. Diejenigen des Berufs, die die Absichten der Unternehmer selbst, oder durch die Aufklärungsarbeit der Organisationen erkannten, waren durch den Zusammenstoß mit ihren Kollegen fester, rücksichtsloser geworden. Aber viele von jenen, die den Ständebübel auf die Spitze trieben, die sich in Kleidung und Benehmen außerhalb ihres Kollegenkreises stellten, wurden in nicht seltenen Fällen das Opfer ihrer Vorgehens nicht nur in materieller, sondern oft auch in moralischer Hinsicht. Die Zahl der jungen Mädchen, die als Geliebte des Bureauvorstehers oder des Herrn Chefs bevorzugt wurden, ist leider nicht gering. Zu ihrem geistigen Untergang geführte sie der physische. Aber der erträumte Erfolg dieser doppelten Dienstleistung, die erstens Höherstellung im Beruf, oder das erwartete Advancement zur Frau Chef blieb aus; die Verführte war und blieb nur ein williges und zuvorkommendes Objekt der sehr realen Gefühle der Vorgesetzten. Verluhte sie gar einmal ihre vermeintlichen Ansprüche geltend zu machen, kam zu hoch und Spott noch die Kündigung und der letzte Akt der Tragödie spielt dann nicht selten vor dem Forum des Kaufmannsgerichts, wo die Verschiedenartigkeit der Interessen von Unternehmer und Arbeiterin mit bru-

toler Offenheit zutage treten. Dabei stellt sich dann oft heraus, daß der Umfang des Unternehmens die dauernde Beschäftigung einer Stenotypistin absolut nicht nötig macht, daß sich aber der Chef mit der gut ausgewählten Stenotypistin, die der Titel „Privatssekretärin“ erhielt, eine Geliebte verschaffen wollte, die ihn in finanzieller Hinsicht nicht so stark belastete, wie etwa eine berufsmäßige Kontubine. Nicht selten wird auch der Trick angewandt, durch geringes Gehalt die jungen Mädchen auf die Bahn des Lasters zu treiben. Restierhofft wird es verstanden, der Anfängerin klarzumachen, daß sie durch williges Eingewöhnen in die „Eigerarten“ des Herrn Chefs große Vorteile zu erwarten habe. Nur zu spät folgt dann das Erkennen.

Leider sind diese Fälle nicht so selten, wie gemeinhin angenommen wird. Zur Ehre beider Parteien muß aber gesagt werden, daß sie in der großen Menge von Angestellten und Chefs verschwinden. Die hoffentlich bald einsehende Befundung unserer Wirtschaft wird auch die so notwendige Bereinigung des Geschäftslebens von vielen unläuteren Elementen bringen. Der logischerweise damit verbundene Aufstieg unserer Arbeiterorganisationen wird dann das seine zur Aufklärung und Festigung beibringen und verirrter Berufsangehöriger der Stenotypistinnen tun.

Herr Boelch als Antisemit.

Vor fast zwei Jahren entschied Herr Boelch zum ersten Male, und zwar unter Verletzung der Reichsverfassung, gegen dissidentische Lehrer, indem er ihnen das Recht verweigerte, an unseren öffentlichen Volksschulen Reflektoren zu werden. Die Begründung lautete: „Ich kann die Verantwortung vor dem Lande nicht tragen Dissidenten zu Leitern an christlicher (!) Schulen zu machen.“ (Boelch im Landtag 1922.) Jetzt reißt sich daran eine neue Willkür des Herrn Boelch, diesmal gegen jüdische Lehrer. Nach einem Erlaß des Minist. f. W. R. u. V. vom 26. Juni 1924 können grundsätzlich jüdische Lehrkräfte an evangelischen und katholischen Volksschulen nicht zu Konrektoren befördert werden. Ausnahmen sind nur in besonders liegenden Fällen zulässig. Daß ein solcher Ausnahmefall niemals eintreten wird, dafür wird Herr Boelch schon sorgen. Als Begründung wird wieder angeführt, daß unsere öffentlichen Volksschulen christliche Schulen seien. Solange nicht durch Reichsgesetz die Rechte der nichtchristlichen Minderheiten gewahrt werden, bedeutet die so oft wiederholte Betonung des angeblich konfessionellen Charakters unserer Volksschulen eine Vergewaltigung dieser Minderheiten. Die „neueste „Entscheidung“ des Herrn Boelch erfordert aber noch ein paar grundsätzliche Einwendungen.

Die Konrektorenstellen sind zwar nach dem Gesetz Beförderungs-, nicht Aufstiegsstellen. In der Praxis kann aber jeder Lehrer, der nicht dienstlich zu erheblichen Beauftragungen Beurlaubung gegeben hat, Konrektor werden. Nur die jüdischen nicht! Ihnen wird durch den neuen Erlaß die höhere Gehaltsstufe, die aller ihren Kollegen zugänglich ist, vorenthalten. Jeder Lehrer kann, auch schon in jüngeren Jahren, den Rektor — „Leiter der ganzen Schule“, wie Herr B. unnötigerweise hervorhebt — vertreten. Nur ein Jude nicht, Herr Minister? Fragt man nach dem Grunde, so hört man: „Die jüdischen Lehrkräfte werden an den evangelischen und katholischen Volksschulen nur im Interesse des jüdischen Religionsunterrichts angestellt und können deshalb (?) keinen Anspruch auf Beförderung erheben.“ Nach dieser Logik, Herr Boelch, dürften Sie erst recht keine technische Lehrerin als Konrektorin beständigen lassen; denn auch sie wird „nur im Interesse des technischen Unterrichts“ angestellt, ja noch mehr, sie erteilt auch nur solchen Unterricht, jüdische Lehrer hingegen müssen in sämtlichen Lehrjahren Unterricht erteilen. Will Herr B. etwa nächsten den jüdischen Lehrern aller übrigen Unterricht an den Volksschulen wieder nehmen? Begründung: „Ich kann es vor dem Lande nicht verantworten, daß jüdische Lehrer an christlichen Schulen unterrichten!“

Die zentrale Schulpdeputation von Berlin hat auf Antrag der Sozialdemokraten gegen diesen antisemitischen Erlaß Protest erhoben. Das ist nur dem Umfange zu danken, daß ausgerechnet der Vertreter des Zentrums aus Versehen Neutralität übte, zum großen Aerger des Bürgerblocks.

Die Kinderfreunde des Bezirks Prenzlauer Berg beglücken ihre Winterarbeit mit einem Lichtbildvortrag über das „Arbeiterkind“ im Schulkindergarten, 64 am Dienstag, den 30. September 1924, abends 8 Uhr. Referent: Dr. Max Nodman. Der Ueberschuß soll reiblos für die Anschaffung von Büchern für die Kinderfreistunde Prenzlauer Berg verwendet werden.

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Die Kämpfenden walzten immer ungestümer umher und warfen Tisch und Stühle um; Madam Frank hielt ihren Feind gebeugt, so daß er beinahe auf allen vieren ging; er suchte nach ihren Beinen zu haschen, und sie sprang rückwärts, um ihm auszuweichen.

Er sah wohl einem winzigen wütenden Stier ähnlich, der eine lange, magere Heze mit den Hörnern gepackt hatte.

Bis zwischen die Zuschauer walzten sie, und diese zogen sich schleunigst nach der Seite zurück und waren vor Eifer im Begriff, die Wände hinaufzulaufen, um nicht im Wege zu stehen.

Dann nahm der Viehtnecht einen rasenden Anlauf und stieß sie in eine Ecke, aber sie schnappte in demselben Augenblick seinen vorstürmenden Kopf zwischen ihren Beinen, riß eine Elle von der Wand herunter und hieb auf ihn los. „Tjul tjul!“ kreischte sie bei jedem Schlage.

Er schaute unter den Schlägen und wand sich, um loszukommen, aber der Kopf steckte wie in einem Schraubstock. Er kniff sie in die Beine und versuchte, sie unter ihr fortzuziehen, aber sie hatte einen zu guten Halt in der Ecke.

Wenn er doch nur den Kopf so weit drehen könnte, um sie in den Schenkeln zu beißen!

Doch die Schläge regneten auf ihn herab, und er war nahe daran, das Bewußtsein zu verlieren; so fest schnürte sie seine beiden Halspulsadern zusammen.

Dann raffte er sich zu einer verzweifelten Kraftanstrengung auf, stieß beide Hände gegen seine Knie und richtete sich auf. Einen Augenblick schwebte Madam Frank horizontal in der Luft und griff mit ihren langen Armen erschrocken vor sich hin.

Dann fiel sie mit einem Schrei zu Boden und blieb liegen, während der Viehtnecht forttrante, barhäuptig und mit einer Haat, als wäre ihm der Teufel auf den Verfen.

Madam Frank richtete sich mühsam auf und wollte sich wieder ans Haarschneiden machen; sie war im Gesicht weiß wie eine Kalkwand. Sie begann, die Sachen in der Schlafkammer wieder an den Platz zu stellen, dabei wurde ihr aber übel, und sie mußte an den Spülküch wanden und sich übergeben. Darauf sank sie auf den Küchenboden hin.

Dem Schlachtgetöse folgte eine unheimliche Stille, die sich schwer auf die Kunden legte, so daß einer nach dem an-

deren davonstieß. Als Madam Frank umfiel, waren nur noch zwei übrig, ein Knabe und der alte Bauer.

Die nahmen sich nun ihrer an, vermochten sie aber nicht wieder auf die Beine zu stellen, geschweige denn zu Bett zu bringen.

Und wo steckte Meister Frank? Erst jetzt entdeckte man, daß er fort war.

Ja, wo steckt er?

Endlich fanden sie ihn draußen im „Häuschen“. Gleich bei Beginn der Schlacht hatte ihn eine heftige Diarrhöe befallen, und er mußte dorthin eilen.

Er sah sehr erschöpft aus, als sie ihn fanden.

Gemeinsam brachten die drei Madam Frank, nachdem sie sie ausgezogen hatten, zu Bett.

10.

Die Sonne des 5. Juni goß ihre freizeitschwangeren Strahlen auf das Städtchen herab.

Tief drinnen streckten sich die schweren Felskämme wie träge, schlafende Riesen in stahlblauem Harnisch; sie lagen da, wie sie immer gelegen hatten, gleichgültig gegen Sonnenschein und Regen, gegen Freiheit und Sklaverei.

Aber unten über das weichere Ackerland hin entfalteten die Strahlen dafür so recht ihre befreienden Kräfte. Sie bewogen die trägen Eichenknospen, sich zu öffnen, sie lockten dem Bauer die zottige Mühe vom Kopf, und selbst aus dem kleinsten Pflanzapfel erlösten sie Hunderte von Insekten, denen sie die goldene Freiheit schenkten — obendrein mit Flügeln.

Aber drinnen in der Stadt wirkten die Strahlen am allerkräftigsten.

Am Alltag pflegte man sich nicht zu überanstrengen, huldigte vielmehr im allgemeinen dem Wahlspruch: Kommst du heute nicht, so kommst du morgen. Der einzige Tag, an dem etwas Emsigkeit herrschte, war der Sonntag; dann hing meist der Schlandrian der ganzen Woche über den Bewohnern, sozusagen mit dem Gewicht eines schlechten Gewissens.

Aber heute gab es kein schlechtes Gewissen. Der Verfassungstag war ein Tag, den der König gegründet hatte, damit die Arbeitenden wenigstens einmal im Jahr die Freiheit kosten sollten. Und siehe, das hatte einen Sinn.

Die Fischer, die die ganze Woche auf Fangwetter gewartet hatten, fuhren nicht aus, obwohl sie das Wetter heute strahlend fanden; vom frühen Morgen an standen sie unten im Hafen, die Hände in den Taschen, und starrten gähnend auf die See hinaus — der Freiheit zu Ehren. Die Arbeiter waren schon von der Morgenstunde an in ihrem Staat und begrüßten in

der Kneipe des dicken Wads Sivertsen den Tag mit kleinen Morgenschnäpsen. Selbst die Hütelungen hatten ausnahmsweise das Vieh an die Schlinge legen dürfen und plantschten jetzt barfüßig unten an dem flachen Strande umher.

Von Haus zu Haus stieg der Danebrog empor, in der heiligen Sonne der Freiheit errötend, und von den alten Todesseglern im Hafen wehte er stolz herab und schickte in der leichten Morgenbrise flatternde kleine Gräße hinaus aufs Meer, das lächelnd dalag, blauäugig und träge wie alles übrige.

In der Jütenstraße sahen Schuhmacher Madvig und seine sieben Söhne und übten sich darin, feuchte Töne in blanke Messinginstrumente hinabzupucken. Sie bildeten das Musikkorps des Städtchens, und sie sollten am Verfassungstag an der Spitze des Festzuges marschieren.

Draußen im Walde hatte man vom frühen Morgen an gezimmert und gehämmert, um den Festplatz Instandzusetzen. Jetzt war das Holzgerüst errichtet, und die jungen Bürgerkinder mit den apfelroten Backen und unschuldigen Kleidern schmückten es mit Blumen und Grün.

Sie und da warf die eine oder andere von ihnen einen verstorbenen langen Blick in der Richtung nach zwei ein wenig zerlumpte und schmutzigen, doch verfürzt stinken Jungen hin, die drüben arbeiteten. Aber wenn eine andere von den Freundsinnen es entdeckte, dann rümpfte das betreffende Mädchen rechtsschaffen die Nase über die beiden schmutzigen Straßenjungen. Und die Freundsinnen folgten diesem Beispiel — um auch einen Anlaß zu haben, hinzulehen. Konnten sie vielleicht etwas dafür, daß die Stadt so entsehrlich kümmerlich mit anständiger männlicher Jugend versehen war!

Die einzige, die nicht hinüberstarrte, sondern mit ruhiger Miene ihre Arbeit verah, war Bürgermeister Gerda, obwohl man hätte annehmen sollen, daß sie sich mehr für die Jungen interessierte als die anderen, da der eine von den beiden damals um ihre willen auf dem Rathaus geächtigt worden war.

Thorvald und Lars ließen sich die Anwesenheit der „feinen Mädchen“ nicht anfechten, sondern beeilten sich mit ihrer Arbeit. Sie waren eifrig damit beschäftigt, Wads Sivertsens Zeit zu errichten und Rieferspähle für Tische und Bänke in die Erde zu hämmern. Wie immer waren sie in ihrem Element, wenn sie arbeiteten; der Schweiß troff herab; sie pfliffen, fluchten und raderten sich ab, wie wenn sie's bezahlt bekämen. So war es denn auch, denn sie sollten jeder fünfundsiebzig Der erhalten, wofür sie alles zurechtmachen und bedienen mußten, bis das Fest in der Nacht zu Ende war. (Fortsetzung folgt.)

Kostfleck gefällig?

Gefahr für Kleider in den Bahnabteilen 3. Klasse.

Zur Infektionszeit, als den breitesten Volksmassen das Wasser bis zum Halse stieg, versuchte jeder, sich so zu rollen, wie es eben ging, ohne sich allzu sehr moralischen Bedenken hinzugeben. Jedermann weiß, daß damals besonders Metallteile aller Art aus öffentlichen Anlagen entwendet wurden, um durch deren Veräußerung das nackte Leben retten zu können. Hunger tut weh. Besonders begehrt waren seinerzeit die Messingklösser und -griffe der Stadtbahnwagen, ebenso die Messingdrahten der Bankstellen der Wagen 3. Klasse. Der Allgemeinheit ist dadurch zweifellos erheblicher Schaden zugefügt worden. Wenn die Eisenbahnverwaltung damals die fehlenden Messingdrahten durch eiserne ersetzte, so konnte man dieses Verhalten verstehen und billigen, da die Verwaltung unter der Not der Zeit ebenso litt wie jeder Mensch. Wenn aber, so wird uns von sachkundiger Seite geschrieben, die Verwaltung jetzt, lange nach der Marktstabilisierung durch Einführung der Rentenmark, gelegentlich der turnusmäßigen allgemeinen Untersuchung der Stadtbahnzüge die vorhandenen Messingdrahten der Sitzbänke in der 3. Klasse entfernen und durch Eisendraht ersetzen läßt, so muß hiergegen im öffentlichen Interesse protestiert werden. Da Eisen im Gegensatz zum Messing bekanntlich rostet, so kann man bei der jetzt herrschenden feuchten Luft dauernd beobachten, daß die hellen Frauentleider durch Rostflecke beschädigt werden. Die dünne Lackschicht, mit der die Sitzbänke bepinselt werden, verschwindet natürlich bei starker Benützung sehr schnell. Der Schaden, den der einzelne durch diese „Sparsamkeitsmethode“ der Eisenbahnverwaltung erleidet, trifft ihn bei der jetzigen Wirtschaftslage doppelt schwer, da gegen Rostflecke bekanntlich nicht viel zu machen ist.

Man soll nun nicht etwa denken, daß die Gelegenheit, sich Rostflecke zu holen, nicht allzu groß ist. Jede Sitzbank wird durch 178 Schrauben gehalten; jeder Wagen führt 992 solcher Eisenschrauben mit sich. Da die Stadtbahnzüge meistens 9 Wagen 3. Kl. führen, sind 8928 Schraubentöpfe in jedem Zuge vorhanden, die nur darauf warten, ihren Rostanfaß loszuwerden. Die Herrschaften, die für diese Rücksichtslosigkeit dem Publikum verantwortlich wären, brauchen freilich nicht in allzu großer Sorge zu leben, da sie allesamt mit Freifahrtsreinen 2. Kl. ausgerüstet sind und auch so viel Dienstinkommen haben, daß sie nicht nur nicht hungern brauchen, sondern ihre Familie bequem in derselben Klasse mit sich nehmen können. Eine sachliche Berechtigung hat die Auswechslung der Schrauben jetzt nicht, deshalb muß von der Verwaltung gefordert werden, diese für die Allgemeinheit schädliche Maßnahme dadurch rückgängig zu machen, daß sofort wieder Messingdraht eingesetzt werden. Es ist nicht anständig, auch nicht notwendig, mit der Auswechslung etwa bis zur nächsten größeren Untersuchung zu warten. Jeder lautmännlich geleitete Betrieb würde in der nächsten Betriebspause die Auswechslung in aller Stille durchführen in knapp 8 Tagen ermöglichen können. Solange das nicht geschieht, muß das Publikum, wenn es noch Benutzung von Bahnabteilen freize Rostflecke in kleinen Kleider bemerkt, die Beschädigung möglichst unter Mitnahme von Zeugen bei dem nächsten Stationsaufsichtsbeamten feststellen und zudem bei dem zuständigen Eisenbahnbetriebsamt Schadenersatzansprüche stellen.

Nachwort zu einer Denkmalsweihe.

Man schreibt uns: Vor kurzem fand in Neuenhagen die Weihe des von der Gemeinde den 104 gefallenen Neuenhagenern gestiftete Denkmal statt. — Von dem Augenblick an, zu dem bekannt war, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sich an dieser Ehrung der Gefallenen beteiligen würde, setzte von Seiten der sogenannten „nationalen“ Kreise eine beständige Agitation ein. — Nachdem sie bis zu diesem Augenblick für die Denkmalsweihe die größten Vorbereitungen getroffen hatten, ließen sie es jetzt für „sachgemäß“, auf Zeiteln, die an alle Ecken in Neuenhagen angeklebt worden, die „nationalen“ Kreise und die Einwohnerschaft von Neuenhagen aufzufordern, an der Feier nicht teilzunehmen, da das Reichsbanner sich beteiligen wolle. Es bedarf der ganz besonderen Niederkunft rechtslebender Kreise, um hier von einer Störung der Denkmalsfeier zu sprechen. Die nationalen Kreise haben durch diese öffentliche plakatierte Aufforderung in der Tat diese Feier geschändet. Ihnen kam es, wie man aus ihren Ergüssen ersehen kann, gar nicht darauf an, in Würde und in Achtung der Opfer des Weltkrieges zu gedenken, sondern sie haben in dieser Denkmalsfeier nur eine willkommene Gelegenheit, eine schwarzweißrote, nationalistische Propaganda zu machen. Die Art der Berichte, die in rechtslebenden Zeitungen über die Neuenhagener Veranstaltung gebracht wurden, lassen deutlich genug die Wut der Reaktionsäre erkennen, daß man sie nicht mehr wie bisher ungehindert ihren Weg gehen läßt, sondern daß von vernünftiger republikanischer Seite der Versuch gemacht wird, solche Feiern in den Rahmen zu bringen, der derartigen Veranstaltungen entspricht.

Der Trieb des Falschmünzers.

Wegen Münzverbrechens hatte sich der Händler Salk Kornblum vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten. Kornblum hatte erfahren, daß ein Geschäftsmann 500 Dollar suchte und war mit dem Angebot, dieselben zu günstigen Kurien zu beschaffen, herangetreten. In einer Bäckerei in der Münzstraße sollte die Uebergabe erfolgen. Der Geschäftsmann erkannte aber sofort, daß es sich um falsche Dollarknoten handelte. Als Kornblum merkte, daß er der Polizei übergeben werden sollte, rückte er aus. Zwei Tage später hatte er jedoch die Dreistigkeit, selbst zum Polizeipräsidenten zu gehen und dort Anzeige zu erstaten, daß er von dem Händler um 500 Dollar geprellt worden sei. Da aber inzwischen von der anderen Seite aus ebenfalls Anzeige erstattet worden war, wurde Kornblum festgenommen und hatte sich nun vor dem Strafrichter wegen Münzverbrechens zu verantworten. Auch in der Verhandlung suchte er den Spieß umzudrehen und sich als Opfer eines Schwindlers hinzustellen. Er behauptete nämlich, daß der Händler echte Dollars erhalten hätte und diese mit den falschen vertauscht habe. Das Gericht war jedoch von der Schuld des Angeklagten überzeugt und verurteilte ihn zu vier Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Wie man zum Kokainisten wird.

Das Losz des Kokainischnupfens nimmt auch in Berlin immer mehr überhand. Daß es sogar schon in Arbeiterkreisen Eingang gefunden hat, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Mitte. Der Stiefelpuher W., der am Anhalter Bahnhof sein Gewerbe ausübte, war auf eigenartige Weise diesem verhängnisvollen Raster verfallen. Eines Morgens trat an seinen Stand ein junger Mann, dem man die durchschwärmte Nacht ansah,

heran, um sich von ihm bedienen zu lassen. Da er keinen Pfennig Geld mehr in der Tasche hatte, gab er als Entlohnung ein Schächtelchen mit Kokain. W. fand an der Droge derartigen Gefallen, daß er den Kunden, sobald dieser wieder auf der Bildfläche erschien, um Kokain bat. Allmählich stellte sich bei W. eine denartige Kokainsucht ein, daß er von dem Gift nicht mehr lassen konnte. Nach Art der Morphinisten fälschte er Rezepte, auf die hin er in verschiedenen Apotheken das heißbegehrte Gift erhielt. Schließlich kam die Sache heraus. W. wurde verhaftet und gab nunmehr an, daß er in einer Apotheke in der Potsdamer Straße wiederholt Kokain auf gefälschte Rezepte erhalten habe. Wegen unerlaubter Abgabe von Kokain waren der Besitzer der Apotheke, Dr. L., und sein Gehilfe angeklagt. Der Verteidiger machte für die Angeklagten geltend, daß mangels Vorliegen der ungesfälschten Rezepte nicht festgestellt werden könne, ob die Angeklagten die Fälschung auch hätten erkennen können. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte hohe Geldstrafen. Das Gericht nahm aber an, daß den Apothekenbesitzer keine Verantwortung treffe und verurteilte nur den Gehilfen wegen Fahrlässigkeit zu 50 Mark Geldstrafe.

Eine stürmische Bezirksversammlung.

Gestern fand im Bezirksamt Kreuzberg eine Bezirksverordnetenversammlung statt, die unter anderen Tagesordnungspunkten einen Antrag der Kommunisten über die Vinderung der Erwerbslosen zu beraten hatte. Bei ihrem Antrag, diesen Tagesordnungspunkt an die erste Stelle zu setzen, konnte man einwandfrei feststellen, daß eine Verbindung zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPD. bestand. Es wurde beschlossen, an erster Stelle den Erwerbslosenantrag, an zweiter Stelle einen Antrag, dem Bürgermeister das Mißtrauen auszusprechen, und an dritter Stelle die Abbauvorschriften des Magistrats zu behandeln. Der Kommunist Gehlmann begründete den Antrag der Kommunisten. Unser Genosse Liedtke begründete die Vönderungsanträge der Sozialdemokratischen Partei. Als Genosse Liedtke dabei auf die Privatität des kommunisfischen Stadtverordneten Rintorf zu sprechen kam, sprang Herr Rintorf und schlug den Genossen Liedtke. Genosse Liedtke erhob die Wassertrasse zur Abwehr und verlegte den Stadtverordneten Rintorf leicht. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung, Genosse Glöde, schloß unter großem Tumult darauf die Sitzung.

Die Straßenbahnunfälle.

Wir lesen in der „Germania“: „Schwere Straßenbahnunfälle häufen sich in der letzten Zeit in einer außerordentlich bedenklichen Weise. Die Zuverlässigkeit der Führer berechtigt zu großem Zweifel. Wenn es heute so sehr an guten und zuverlässigen Führern zu fehlen scheint, so liegt der Grund allein in der merkwürdigen Personalpolitik der Straßenbahndirektion. Sie hatte, wie wir schon berichteten, seinerzeit die älteren Fahrer entlassen und nur jüngere eingestellt. Ersparnisgründe sollen dabei maßgebend gewesen sein. Hoffentlich steht die Direktion nun bald ein, daß man auf diesem Wege nicht zu Ersparnissen kommt, sondern nur unnütz das Leben der Fahrgäste in Gefahr bringt.“

Jedes Wort dieser Kritik der „Germania“ ist zutreffend. Es wird Zeit, daß die Direktion der Straßenbahn gezwungen wird, ihre Personalpolitik zu ändern. Hoffentlich einschließt sich der Aufsichtsrat der Straßenbahn endlich dazu, von seinen Rechten gegenüber der Direktion den nötigen Gebrauch zu machen.

Die neuen Bahnsteige auf Bahnhof Warschauer Straße.

Zu der Klasse: „Stadtbahn-Protesten“ in Nr. 418 unserer Zeitung teilt uns die Reichsbahndirektion Berlin folgendes mit: Mit der Inbetriebnahme der neuen Bahnsteige auf Bahnhof Warschauer Straße ist im Oktober dieses Jahres zu rechnen. Die Klage der hiesigen Arbeiter über die Verhältnisse auf der Stadtbahn sind größere Bauarbeiten zwischen Treptow und Stralau-Rummelsburg sowie Lehrter Bahnhof und Giesebus. An beiden Baustellen mußte aus Sicherheitsgründen die Fahrgeschwindigkeit erheblich herabgesetzt werden. Infolge der längeren Fahrzeit, die die Gäste zum Durchfahren der Langsamfahrstrecken brauchen, leidet bei der blauen 2 1/2-Minuten-Folge die pünktliche Durchführung des Betriebes, die Gäste kommen öfter zum Halten und erleiden hierbei die besagten Verpätungen. Die Bauarbeiten werden mit größter Beschleunigung gefördert, und es steht zu erwarten, daß sie im Herbst dieses Jahres beendet sein werden. Damit entfällt die Ursache der Verpätungen.

6. Kreis Kreuzberg. Die Genossen und Genossinnen, die Augenzeugen waren, wie in der öffentlichen Versammlung am Dienstag, den 17. bei Böring, Naunplatzstraße, Kommunisten mit Stühlen geschlagen haben und die in der Lage sind, diese Kommunisten bei Gegenüberstellung festzustellen, wollen ihre Adresse sofort auf dem Sekretariat, Lindenstr. 3, bei dem Genossen Fischer angeben.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 18. September.
Tageseinteilung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
4.30—6 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 1. Canonetta. Frim. 2. Ouverture zu der Operette „Die schöne Galathée“. Suppé. 3. Frühlingskinder. Walzer. Waldteufel. 4. Mattinata. Leoncavallo. 5. Fantasia aus der Oper „Carmen“. Bizet. 6. Serenade Italien. J. Schabak. 7. Pikante Blätter. Potpourri. Konzak. 8. Fata. Byron Gay. 7 Uhr abends: Sprachunterricht (Englisch). 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Karl Eckstein: „Der nach dem Eulensfuß sich wieder erholende Wald“. 8.30—10 Uhr abends: Auf vielfachen Wunsch: Liebs alte Lieder (awoita Folge). 1. a) Ach, wie ist's möglich dann, b) Aennechen von Tharau, c) Gute Nacht, du mein herrliches Kind (Das Waldhornquartett der Berliner Staatsoper). 2. a) Die Uhr. Loewe, b) O, laß dich halten goldnes Stündchen, Jensen, c) Frühlingszeit, Becker (Max Kuttner). 3. a) Die Auswanderer. Freiligrath, b) Die alte Waschlrau, Chamisso, c) Das Gewitter. Schwab (Trants Lieb, Resitation). 4. a) Beim Rhein und beim Wein, Ries, b) Lieb' mich und die Welt ist mein, Hermann, c) Der Lenz. Hildach (Max Kuttner). 5. a) Verlassen, verlassen bin ich, b) Im Wald, c) Die Kapelle (Das Waldhornquartett der Berliner Staatsoper). 6. a) Der Postillon. Lenau, b) Schwäbische Kunde, Uhlend. (Trauto Lieb, Resitation). 7. b) Schlösser, die im Monde liegen, Lincke, b) Ballgeflüster. Meyer-Heilmund, c) Zauberlied. Meyer-Heilmund (Max Kuttner). Am Steinway-Flügel: Otto Utsch. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage. Wetterdienst. Sportnachrichten. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Das Reichsbanner in Altmark und Grenzmark.

Republikanische Kundgebungen und Fahnenweihen.

In Wittenberge fand am vergangenen Sonntag unter stärkster Teilnahme der gesamten republikanischen Bevölkerung eine Fahnenweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Wittenberge, statt. Die umliegenden Ortsgruppen waren in der Stärke von circa 1000 Mann erschienen. Ein gewaltiger Umzug nachmittags durch die Stadt hinterließ einen nachhaltigen Eindruck. Der Oberbürgermeister von Wittenberge hielt eine Begrüßungsansprache von der Freitreppe des Rathauses. Auf dem Freitrag hielt die Weiherede der Ministerialrat Dr. Hänjchel. Er betonte nochdrücklich, national kann und darf nur der sich nennen, der auf dem Boden der jeweiligen Staatsverfassung steht, und das ist die deutsche Republik. Wer von den Gegnern der Republik sich als national bezeichnen will, ist ein Lügner und Heuchler. — Den Abschluß des offiziellen Teiles bildete ein gewaltiger Freizeug, an dem sich circa 2000 Personen beteiligten. — Auch in Paulinenaue im Kreise Westhavelland fand am gleichen Tage eine Fahnenweihe der dortigen Ortsgruppe statt, die einen durchaus würdigen Verlauf nahm.

In Schneidemühl, der Hauptstadt der ostpreussischen Grenzmark, fand am Sonntag eine große republikanische Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Mehr als 2000 Kameraden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold marschierten um die Mittagszeit, von mehreren Musikkapellen begleitet, durch eine dicht spazier bildende Menschenmenge durch die Straßen der Stadt. Ueberaus zahlreiche schwarzrotgoldene Fahnen, mit denen die Häuser geschmückt waren, grüßten den Zug. Im Friedrichsgarten fand am Nachmittag durch den Generalsekretären Friedr. Grotzmann die Weihe des Reichsbanners der jungen Ortsgruppe Schneidemühl statt. Der Oberbürgermeister von Schneidemühl begrüßte in einer kurzen Ansprache das Reichsbanner. Aus allen Reden sang das Treuegelübde zur Verfassung und Republik hindurch, und es wurde versichert, auf dem vorgeschobenen Posten in der Grenzmark Wacht zu halten. — Reichspräsident Ebert hat Grüße und Glückwünsche übermittelt.

Reinfall zweier Taschendiebe.

Einen großen Reinfall erlebten zwei internationale Taschendiebe, die am Mittwoch nachmittag einem Herrn aus Wansee, der es unternehmen hatte, durch die Grenadierstraße zu gehen, die Bielefische mit 80 Mark Inhalt „gezogen“ hatten. Der Betroffene machte sofort auf dem Polizeipräsidenten Anzeige. In der Versteigerung befand sich außer dem Gelde noch ein Aufbewahrungsschein für ein Fahrrad, das in Wansee aufgegeben worden war. Diesen Aufbewahrungsschein hatten aber auch die Taschendiebe gefunden und waren mit diesem kostbaren Objekt sofort nach Wansee gefahren. Am selben Abend war die Ausgabestelle jedoch schon geschlossen. Als sie am anderen Morgen um vier Uhr bei der Öffnung der Stelle das Rad abholen wollten, wurden sie von der schon benachrichtigten Polizei festgenommen. Es sind zwei internationale Taschendiebe, der eine ein Kaufmannssohn, der andere ein Schauspieler Dallmann. Ihr Heimort ist Warschau. Jetzt kennen sich aber beide nicht mehr und einer will den anderen noch nie gesehen haben. Doch kannte sie der Bestohlene sofort wieder.

16 000 Goldmark Belohnung.

In der Nacht zum 30. Juni 1924 erbeuteten, wie dies leicht noch erinnerlich sein dürfte, Einbrecher 112 000 Goldmark zum Schaden der Meierei Woll. Sie waren in die Geflügelställe, die in der ehemaligen polnischen Kirche, oberhalb des jetzigen Kinos liegen, eingedrungen und hatten hier die Löwengelber, die in Holzjäten verpackt standen, gestohlen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei hatten schon einige Spuren gebracht. Auf die Dingsfestmachung der Täter ist jetzt allein eine Belohnung von 8000 M. ausgesetzt worden. Somit ist diese im ganzen auf 16 000 M. gestiegen. Mitteilungen, die dazu dienen können, diesen Einbruch aufzuklären, nimmt unter Hinweis auf die obige hohe Belohnung Kriminalkommissar Winger im Zimmer 89 im Polizeipräsidenten entgegen. Alle Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt.

Die Streikführer der Ärzteschaft „berichtigen“.

Zu dem in „Vorwärts“ Nr. 427 (Ausgabe v. Nr. 214) vom 10. September veröffentlichten Artikel mit der Ueberschrift „Gegen Verhinderung der Kassenpatienten. Streikgelder als Ehrensold“ wird uns die Kreisliche Vertragsgemeinschaft Groß-Berlin (Wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Ärztesbundes) durch den unterzeichneten Geschäftsführer Dr. G. Ritter folgende „Berichtigung“:

1. Es ist unzutreffend, daß in dem Spruch des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Groß-Berlin, Forderungen der Ärzte niedergelegt sind. Der Schiedsspruch enthält vielmehr lediglich die Entscheidung des Schiedsamtes und deren Begründung. 2. Es ist nicht richtig, daß die Ärzte allein verlangt haben, daß die Behandlung der Kassenmitglieder nach Wiederherstellung des Vertragsverhältnisses nicht mehr in den Ambulatorien erfolgt. Die Krankenkassen selber haben gegenüber dem Versicherungsamt erklärt, die Ambulatorien seien nur für die Behandlung der Familienangehörigen bestimmt. Die Ärzte verlangen aber, daß den Familienangehörigen die Inanspruchnahme jedes gemündeten Kassenarztes frei stehen soll. 3. Es ist nicht wahr, daß „sehr viel geschäftstüchtige Ärzte“ ihre Patienten an die Ambulatorien überweisen. Wahr ist aber, daß tagtäglich Kassenbeamte die Versicherten zur Inanspruchnahme der Ambulatorien anzuhäufeln suchen und zwar im Widerspruch mit dem Schiedsspruch. 4. Es ist unwahr, daß die wirtschaftliche Abteilung der Krankenkassen irgendetwas Zugabe auf Aufhebung der kassenärztlichen Sonderprezissen gemacht und dieses Versprechen gebrochen hat. Von Seiten der Krankenkassen wird diese Behauptung lediglich aufgestellt, um die Affinitäten zu sich hinüberzuziehen und junge Ärzte für die Ambulatorien im Widerspruch mit dem Schiedsamtspruch einzustellen. 5. Es ist unwahr, daß die wirtschaftliche Abteilung aus Interesse an „einem lumpigen Beitrag“ die Ambulatorien in ihre Gewalt zu bekommen sucht. Sie vertritt aber die Auffassung, daß die eigenmächtige Anstellung von Ambulatoriumsärzten durch die Kassen ungeleglich ist und daß, wie das Schiedsamtsamt annimmt, die Ambulatoriumsärzte den allgemeinen Bestimmungen über die Kassenärzte unterstehen. 6. Es ist unwahr, daß die Herren San.-Rat Dr. Sternberg, Scheyer, Ritter, Freudenthal, Hoyt und Brechner 15 000 M. „Streikgelder“ als Ehrensold „unter sich verteilt“ haben, ohne daß die Mitglieder offiziell etwas davon erlangten.

Interessante Feststellung: Die hygienische, das heißt die vorbeugende, desinfizierende und heil helfende Wirkung des Odol, nicht nur auf Zähne, Mund, Mandeln, Rachen usw., sondern indirekt auch auf den Gesamtorganismus, stellt sich nach wissenschaftlichem Urteil und nach tausendfacher praktischer Erfahrung als eine immer mehr umfassendere und tiefere heraus.

Selbstverwaltung der Gemeinden

Von Bürgermeister Friedrich Klees.

Die großen kommunalpolitischen Verbände erörtern jetzt wieder mit besonderer Vorliebe das Thema von der Selbstverwaltung der Gemeinden. Selbst der deutsche Städtetag wird es auf seiner demnächst in Hannover stattfindenden Tagung als Hauptpunkt besprechen. Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und der Länder haben sich — so heißt es in einer auf dem Provinzialstädte tag Sachsen-Anhalt am 26. August in Erfurt angenommenen Entschließung — „bei der Neugestaltung des Staatswesens seit dem Kriege ausschlaggebend von dem Gedanken zentraler Regelung und Verwaltung leiten lassen“. Die auf der Dezentralisation und auf der Freiheit der örtlichen Verwaltung beruhende Selbstverwaltung ist dadurch auf das schwerste geschädigt worden. Es wird gefordert Wiederherstellung der Selbstverwaltung als einer durch die eigene Verantwortung und durch die öffentliche Kritik von selbst in den richtigen Bahnen gehaltene freie Verwaltung der örtlichen Angelegenheiten durch die örtliche Volksgemeinschaft, bei der die Mitwirkung der Staatsbehörden sich nicht vom Gesichtspunkt der Bevormundung, sondern lediglich von unmittelbaren Staatsinteressen bestimmen lassen darf. Die Städte fordern insbesondere Wiederherstellung ihrer durch die verschiedensten Fachgesetze gescheiterten Bewegungsfreiheit bei Ausführung der ihnen obliegenden Aufgaben. Dieselben Gedankengänge finden sich bereits in einer Denkschrift des Preussischen Städtetages aus dem Jahre 1920. In ihr heißt es, daß „geradezu bewußt auf eine Vernichtung der Selbstverwaltung der Städte hingearbeitet“ werde. Ueberall müsse sie um ihr Leben ringen, die Städte könnten sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihnen die Lust und Liebe an der Mitwirkung des Wiederaufbaues des Landes genommen werden soll.

Wenn nach den unglücklichen Jahren 1806 und 1807 Preußen und Deutschland sich in verhältnismäßig kurzer Zeit aus diesem Elend emporarbeiten konnten, so wird das in erster Linie jener Kraftquelle zugeschrieben, die in jenen schweren Tagen durch die Steinische Städteordnung erschlossen und von da aus auch anderen öffentlichen Körperschaften zugeführt worden ist. — eben der Selbstverwaltung der Gemeinden. Eine wirkliche Selbstverwaltung, d. h. eine nur den Gesetzen unterworfen und von den Weisungen einer vorgelegten Behörde unabhängigen Verwaltung der Angelegenheiten der Bürger durch freigeählte Bürger haben die preussischen Gemeinden und Ortsgemeinden niemals besessen. Selbst die Preussische Städteordnung von 1808, deren große Bedeutung für die damalige Zeit auch wir Sozialdemokraten rückhaltlos anerkennen, kannte den Begriff der Selbstverwaltung nur dem Namen, nicht der Tat nach. In allen späteren Städte- und Landgemeindeordnungen bis auf den heutigen Tag tritt das Streben zutage, dem Staat eine immer größere Machtbefugnis über die Gemeinden einzuräumen. Diese Bestrebungen haben sich auch nach 1918 fortgesetzt. So sind im Laufe eines Jahrhunderts die Ansätze zu einer kommunalen Selbstverwaltung in Preußen sehr stark eingeschränkt worden.

Bei einer Erörterung der Frage muß aber unterschieden werden zwischen Einschränkungen der Selbstverwaltung, die im Zuge der Zeit, in der Entwicklung des öffentlichen Lebens unvermeidbar liegen und Bevormundungen, die unterlassen werden können. Man darf nicht übersehen, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen, die eine Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Gemeinden bedeuten, als höher zu bewertenden Gründen unerlässlich waren. Man denke z. B. an die Einführung der Reichseinkommensteuer und andere steuerliche Vorgänge. Sie waren zur Erhaltung des Reichs unerlässlich und höher als das Wohl der Gemeinde geht das des Staates. Es liegt weiter in der allgemeinen Tendenz der Vervollkommnung der Struktur unserer Gesellschaft, daß vieles vereinheitlicht, zentralisiert und vereinfacht werden muß. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik mußten den Gemeinden gewisse Einrichtungen und Leistungen zur Pflicht gemacht werden. Diese ganz in das Belieben der Gemeinden zu stellen, ging nicht an, denn bei der Rückständigkeit vieler Gemeinden wären oft solche Einrichtungen nicht geschaffen worden. Es ist deshalb verständlich, wenn die Denkschrift des Preussischen Städtetages davon spricht, daß auch auf dem Gebiete des Arbeitsnachweiswesens, der Erwerbslosenfürsorge, des Schlichtungswesens usw. die Selbstverwaltung um ihr Leben ringen müsse.

Was vor mehr als hundert Jahren zweckmäßig und ein fast revolutionärer Fortschritt war, kann nicht in allen Teilen heute noch zweckmäßig sein. Auch das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden muß sich heute der Tatsache einfügen, daß eine Gemeinde sich immer mehr als dienendes Glied dem Staatsganzen einfügen muß, weil eben der gesamtstaatliche Organismus immer komplizierter geworden ist und das harmonische Funktionieren der einzelnen Teile unerlässlich ist. Vor etwa tausend Jahren war jede Stadt so „selbständig“, daß sie ein kleiner Staat mit Ringmauern, verschlossenen Toren und eigenem Militär für sich war. Kein Mensch wird diesen Zustand zurückfordern, weil er längst überholt ist. Heute ist das Lösungswort für den Wiederaufbau Deutschlands nicht einfach nur die Selbstverwaltung der Gemeinden, sondern: u n e i n g e s c h r ä n k t e s t e u n d f r e i e s t e D e m o k r a t i e .

Wenn beispielsweise bisher die Sozialdemokratie zu den lebhaftesten Verfechtern der Selbstverwaltung der Gemeinden gehörte, so deshalb, weil sie den demokratischen organisierten Gemeindevertretungen und Gemeindeverwaltungen keine Fesseln durch die weit reaktionärere staatliche Bureaucratie anlegen lassen wollte. Heute sind die Dinge in vielfacher Beziehung anders geworden. Galt es früher, Gemeinden vor rückschrittlichen Eingriffen des Staates zu schützen, so können heute umgekehrt manche Gemeindeverwaltungen einen Schutz beim Staate finden.

Welche Buntständigkeit herrschte früher auf dem Gebiet des Gemeindeverfassungswesens. Uebereinstimmend war nur einigermassen das Bestreben, die Herrschaft in den Kommunen einer Hand voll Besitzender auszuliefern. Wie vielgestaltig war das Steuerwesen, die öffentliche Fürsorge usw. Hier eine zielbewusste Einheitslichkeit herbeizuführen zum Wohle der Gesamtheit war und ist eine Unerlässlichkeit. Es liegt aber im Wesen einer solchen Vereinheitlichung, deren Aufgabe vor allem Beseitigung von Rückständigkeit ist, daß auch die Autonomie dadurch bis zu einem gewissen Grade eingeschränkt wird.

Gegen eine Bevormundung der Gemeinden, die etwas wesentlich anderes ist, wendet sich die Sozialdemokratie nach wie vor. Innerhalb des von den Gesetzen Begangenen möglichst weit gehendhabten Rahmens sollen die Gemeinden ihre Angelegenheiten selbst erledigen können. Das gilt namentlich von der persönlichen Verwaltung, d. h. der Berufung der Verwaltungsorgane und der Befetzung von Stellen, der Einrichtung und Ausgestaltung eigener Unternehmungen und Veranstellungen. Der Initiative und schöpferischen Tätigkeit über Mindestanforderungen hinaus dürfen möglichst keine Fesseln angelegt werden. Wenn sich die Städtetage mit ihren Forderungen hierauf einstellen, muß ihnen voll zugestimmt werden.

Wirtschaft

Das Kohlenzwangssyndikat.

Die Geschichte des Ruhrkohlenbergbaues der letzten 50 Jahre ist gekennzeichnet von heftigen Kämpfen um die Errichtung von Kartellen und Syndikaten. Doch von all den Auseinandersetzungen früherer Zeiten war keine so schwieriger Natur als die, deren Zeuge wir in den letzten sechs Wochen waren. Die Gründe hierfür liegen in der ökonomischen Struktur des heutigen Ruhrkohlenbergbaues und in den Verhältnissen des jetzigen Kohlenmarktes. In keinem Industriezweige hat die Tendenz zur Zusammenballung von Industrieremten der letzten zehn Jahre eine so tiefgehende Wirkung hervorgerufen als im westdeutschen Kohlenbergbau; nirgends ist die Konzernbildung so weit fortgeschritten als hier, wo die Keimzellen der großen Konzerne sitzen. Es bedarf keiner langen Auseinandersetzung, daß eine solche Entwicklung auf die Bildung von Syndikaten von großem Einfluß ist.

Doch nicht nur die eigentlichen Konzerne der Montanindustrie haben sich auf Kosten der unabhängigen sogenannten reinen Zechen ausgedehnt, sondern auch solche anderer Industrien. So ist z. B. der große Komplex um die Zeche „Graf Bismarck“ in den Händen der Deutschen Erdöl-Aktien-Gesellschaft. Welches Interesse hat eine solche Gesellschaft an dem Zustandekommen eines Verkaufs- und Verteilungssyndikats, da sie die hochwertige Kohle dieser Zeche zur Gewinnung von Ölen und anderen Nebenprodukten erwarb und den Rest bei ihren Konzerngesellschaften oder der ihr nahe stehenden bequem unterzubringen vermag? Dasselbe ist bei dem Anilinkonzern der Fall, der die Zeche „Auguste Viktoria“ kontrolliert und neuerdings ein gewichtiges Paket von Rhein-Stahl erwarb. Ferner muß beachtet werden, daß die Ueberfremdung der Zechen in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Die Zechen „Dahlbusch“, „Friedrich Heinrich“, „de Wendel“, „Kombach“, „Mont Cenis“ und andere sind im Besitze von französisch-luxemburgischen Häusern. Diese widersehen sich naturgemäß der Bildung eines Syndikats, da sie ihre Produkte vor allem selbst gebrauchen wollen. Ferner ist Beder-Kohle und „Herbede“ durch die bekannte Transaktion unter schweizerische Kontrolle gelangt. Beim „Phönix“ und „Rheinthal“ ist holländisches Kapital tonangebend beteiligt. Es dürfte klar sein, daß eine solche Entwicklung jedes einheitliche Interesse vollständig illusorisch zu machen in der Lage ist.

Neben diesen Tatsachen, die bei der Beurteilung der Frage im Auge behalten werden müssen, ging der Streit in der Hauptsache um die zukünftigen Rechte der Zechenhandels-gesellschaften. Auch hier spielen die veränderten Besitzverhältnisse eine große Rolle. Die Konzerne entwickelten sich horizontal und vertikal, daneben kamen auch Handels-gesellschaften, Export- und Importunternehmungen unter deren Kontrolle. Man erinnere sich nur der großen Kohlenvertriebsorganisation, die Stinnes während des Ruhrkampfes um Absatz der englischen Kohle ins Leben rief. Soll er diese Handels-gesellschaften aus Liebe zum Syndikatsgedanken unrentabel verkommen lassen? Eine ähnliche Ausdehnung nahmen andere Konzerne der Montanindustrie.

Diese Großkonzerne mit eigenen Handels-gesellschaften widerlegen sich dem Bestreben, ein monopolistisches Gebilde ähnlich dem früheren Syndikat wiederum in Kraft zu setzen. Was das alte Syndikat an Macht in seiner Hand vereinigte, kann hier nur angedeutet werden. Es war gleich mächtig in der Kontrolle der Produktion, im Absatz und der Verteilung nach dem In- und Ausland. Der Kohlenhandel wurde souverän beherrscht. Im Kohlenkontor hatte das Syndikat mit einigen Großproduzenten (Stinnes,

Haniel, Harpen und Selsenkirch) überdies noch ein Monopol in der Rheinschiffahrt und im Absatz nach Süddeutschland, Oesterreich, Italien und der Schweiz. An diesen günstigen Positionen wollten auch andere partizipieren. Hand in Hand mit den Zechenhandels-gesellschaften gingen die Kohlen-großhändler. Ihnen hatte das Syndikat fast vollständig die Selbständigkeit genommen. Es ist begreiflich, daß der Kohlenhandel den Zeitpunkt für gekommen erachtet, wieder ins Geschäft zu kommen. Das am 13. September zustandegekommene Kompromiß hat die straffe Absatzorganisation des Syndikats etwas eingeschränkt. In sogenannten befristeten Gebieten, zu denen u. a. der Absatz nach Holland, Berlin, Hamburg und Bremen gehört, können die Zechenhandels-gesellschaften neben denen des Syndikats ihre Verkaufstätigkeit ausüben. Da das Kohlenabsatzgebiete von großer Bedeutung sind, wurde das Handelsmonopol des Syndikats, wenn auch nur unwesentlich, durchbrochen. Bezüglich des Kohlenkontors erbitten die am Rhein gelegenen Zechen (Thyssen, Rhein-Stahl usw.) Konzessionen in der Verschiffung.

Der Reichswirtschaftsminister hat auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes auf dem Verordnungswege den Zwangsbeitritt der außenstehenden Zechen verfügt, so daß das Syndikat auf der Grundlage der Verhandlungen vom 13. September als gebildet zu betrachten ist. Festzuhalten ist, daß die gegenwärtige Form des Syndikats in wesentlichen Teilen keineswegs den Bestimmungen des Kohlenwirtschaftsgesetzes entspricht und namentlich die Forderungen der Arbeiter im Reichskohlenrat in vieler Hinsicht außer acht läßt. Ob es gelingt, diese Mängel im Reichskohlenrat in späteren Verhandlungen auszugleichen, wagen wir zu bezweifeln. Der Einfluß der Arbeiterschaft dürfte dazu nicht hinreichen. Die syndikatähnliche Zusammenfassung einer der wichtigsten Industrie ist wiederum, wenn auch etwas durchlöcherter, zur Tatsache geworden. Obwohl wir den Einfluß der Bergarbeiter auf die Kohlenwirtschaft und somit der Syndikatsbildung nicht geschmälert wissen möchten, so läßt sich auf der anderen Seite nicht bestreiten, daß der Allgemeinwirtschaft eine gewisse Konkurrenz im Kohlenhandel und der Produktion erträglicher erscheint, als ein Syndikat mit monopolistischem Charakter. Die Zukunft wird lehren, ob die Regierung in Gemeinschaft mit dem Reichskohlenrat in der Lage ist, die Macht des syndikatisierten Ruhrkohlenbergbaues zu kompensieren.

Die Teuerungswelle.

Steigende Preise für Inlandwaren und Lebensmittel.

Die auf den Schlusstag des 16. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes hat gegenüber dem Stand vom 9. September (124,7) im wesentlichen unter Einfluß der weiter gestiegenen Getreidepreise um 3,1 v. H. auf 128,6 angezogen. Von den Hauptgruppen haben sich Lebensmittel von 107,1 auf 115,0 oder um 7,4 Proz. erhöht. Die Industriewerke gingen von 138,9 auf 138,4 oder um 0,4 Proz. zurück. Die Gruppe Kohle und Eisen blieb mit 129,4 unverändert. Die Inlandwaren zogen von 118,2 auf 123,0 oder um 4,1 Proz. an, während die Einfuhrwaren von 157,4 auf 156,5 oder um 0,6 Proz. nachgaben.

Weitere Steigerung in dem Getreidemarkt.

Am Mittwoch zogen die Preise für Weizen und Roggen abermals um 3 bzw. 4 M. an, und zwar wurde Weizen mit 228 bis 236 und Roggen mit 205 bis 209 M. notiert. Weizenmehl steigerte sich auf 32,25 bis 35 M. und Roggenmehl auf 29,75 bis 32 M. Das Angebot war äußerst knapp, so daß der Bedarf der Mühlen nicht befriedigt werden konnte.

Zoll und Preisdiktatur.

Die Frage der elässischen Einfuhr.

Wir haben seit Monaten den Gedanken vertreten, durch vermehrte billige Wareneinfuhr aus dem Ausland das Preismonopol der Kartelle usw. zu brechen und so die Sanierung der Wirtschaft zu erzwingen. In letzter Zeit wird in diesem Zusammenhang die Einfuhr elässischer Textilien heftig erörtert, gegen die sich bekanntlich der „Industrie- und Handelsrat“ erklärt hat. Zu diesem Thema schreibt nun die „Deutsche Konfektion“ in einem Artikel „Einfuhrwaren gegen Kartell-diktatur“ u. a. folgendes:

„Mit welcher Rücksichtslosigkeit die Fabriken jetzt noch gegen ihre Abnehmer vorgehen, dürfte allen Abnehmern bekannt sein. Wie der Zustand aussehen würde, wenn die Baumwoll- und die Gera-Weizer Fabrikanten ihre Monopolstellung, die sie (eben durch die Abschaffung der ausländischen Konkurrenzware vom deutschen Markt. Red.) nach 1925 hätten, vollständig ausnützen würden, davon kann man sich heute schon ein Bild machen. Wenn in der Textilenquete die Sachverständigen, Fabrikanten und Syndizal unter Eid vernommen und deren Angaben durch die Bücher von wirklichen Sachleuten nachgeprüft worden wären, so wäre auch ein anderes Resultat gezüchtet worden; man hätte gesehen, daß die Preise wesentlich zu hoch gewesen sind und hätte die Schuldigen schon gefunden. Die Kartelle, Konventionen und Syndikate, die in Friedenszeiten fast nur für Kohle und Eisen, also Rohprodukte, vorhanden gewesen sind, wo sie vielleicht eine Berechtigung hatten, müssen wieder verschwinden. Was sind sie denn alle, diese Syndikate anders als die feinerzeit abgeschafften Innungen. Des deutsche Handel wird die Kräfte, in der er sich augenblicklich befindet, überwinden, wenn er zu angemessenen Preisen die beste Ware da, wo sie am vorteilhaftesten in der Welt zu haben ist, einkaufen und so wieder durch wohlfeile Qualitätswaren die Stellung im Ausland erringen kann, die er früher gehabt hat.“

Die „Deutsche Konfektion“ berührt den tatsächlich bestehenden Plan, durch möglichst hohen Zoll usw. ein deutsches Inlandspreismonopol zu ermöglichen, um so den Dumping- und Verlustpreis im Ausland für deutsche Ware ausgleichen zu können. Wenn wir uns nur auch nicht selbst mit den Ausführenden identifizieren können, sehen wir allerdings in der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, besonders gegenüber dem Ausland, das beste Mittel, Wirtschaft und Preis bei uns zu normalisieren. Allerdings müssen Mittel gefunden werden, daß der Vorteil des billigeren Einkaufs sich nicht verliert, ehe die Ware an den Konsumenten kommt. Von der erhöhten Einfuhr von elässischen Textilien in den letzten Monaten hat der Verbraucher kaum Vorteile in Form von Preisdruck zu sehen bekommen, was die „Deutsche Konfektion“ ja bestätigen können wird.

Interessant ist auch das Urteil von Sachleuten über die Textilenquete, auf das wir gebührend verweisen.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Table with 2 columns: Item name and price. Items include Gerstengraupen, Hafergrütze, Weizenmehl, Speiseerbsen, etc.

Keine Sonnabendbörse.

Der Börsenvorstand hat die Beschlussfassung über den Antrag, im Winterhalbjahr 1924/25 auch an Sonnabenden Versammlungen der Wertpapierbörse abzuhalten, vertagt, bis die Umstellung der Unternehmungen auf Goldmark hinreichend durchgeführt sein wird.

Das Salzsyndikat verlag.

Die Verhandlungen über die Bildung eines Steinsalzsyndikats sind ergebnislos verlaufen und wurden auf den 2. Oktober vertagt.

Vorbereitungen der Reichsbank.

W.B.: Die Reichsbank beruft eine Generalversammlung ihrer Anteilhaber auf den 4. Oktober d. J. ein zur Beschlussfassung über die aus dem neuen Bankgesetz sich ergebende Neuordnung. Die Einberufung ist erfolgt aus dem Bestreben der Reichsregierung, die im Londoner Protokoll vorgesehenen provisorischen Fristen ihrerseits nach Möglichkeit einzuhalten, während andererseits die Reichsbank an die sehungsmäßige Einladungsfrist gebunden ist. Sollten die Verhandlungen über die 800 Millionen Goldmarkanleihe bis zum 4. Oktober nicht zum Abschluss gelangen, so wird eine Vertagung der Generalversammlung eintreten.

Sinkende Baumwollpreise auf der Stuttgarter Börse.

Auf der Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse erfolgte laut „Konfektionär“ eine weitere außerordentlich erhebliche Preislenkung für Baumwollwaren. Die Notierung der Baumwollgarne ging um 7 bis 8 Dollarcent per Rilo und für Baumwollgewebe um 1/2 bis 1/4 Dollarcent per Meter zurück. In den Verkaufsbedingungen erfolgte dahin eine wichtige Aenderung, daß nicht mehr wie bisher die Zahlungen sofort bei Erhalt der Rechnungen zu erfolgen haben, sondern vielmehr 30 Tage ab Rechnungsdatum.

Preußen und das Agrarkreditinstitut.

Der veröffentlichte Entwurf zur Errichtung eines Agrarkreditinstituts hat in der Öffentlichkeit herbe Kritik erfahren, besonders ist er bei den Ländereinigungen auf Widerspruch gestoßen. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst kann über die Stellungnahme Preußens, des größten Landes, folgendes berichten:

Preußen fordert als Voraussetzung für eine zentrale Bankanstalt ein reichsweites Zusammenarbeiten der neuen Anstalt mit den bestehenden Kreditorganisationen, ferner eine Gewähr für gleichmäßige Versorgung aller Kreise der Landwirtschaft mit Kredit und schließlich Sicherstellung des Einflusses der Länder auf die Aufsicht über die Geschäftsführung der Anstalt. Deshalb hält Preußen es für notwendig, daß der geplante Kreditanstalt ganz klar der Charakter einer öffentlich-rechtlichen Anstalt gegeben wird. In diesem Punkt bringt aber der Entwurf keine Klarheit. So ist z. B. aus ihm nicht zu entnehmen, ob es sich bei der Anstalt um ein Gebilde des öffentlichen Rechts handelt. Eine Reihe von Bestimmungen lassen befürchten, daß die neue Bank nicht als eine Anstalt, sondern als eine Korporation geschaffen wird, als deren Mitglieder die Eigentümer der durch die Rentenbankgrundschuld belasteten Grundstücke gedacht sind. Eine solche Umstellung lehnt Preußen ab.

Die bis jetzt fehlende Sägung der Kreditanstalt soll vom Aufsichtsrat der deutschen Rentenbank aufgestellt und von der Reichsregierung genehmigt werden. Die Sägung wird aber Bestimmungen enthalten, die für das Zusammenarbeiten der Agrarbank mit den Kreditinstituten der Länder entscheidend sind. Preußen fordert deshalb, daß die Sägung nicht ohne Zustimmung der Länder erlassen und daß ihnen schon bei der Aufstellung ein entscheidender Einfluß zugestanden wird. Weiter hält Preußen es für unbedingt nötig, daß die Länder mindestens dieselbe Zahl von Mitgliedern im Verwaltungsrat bekommen wie die landwirtschaftlichen Organisationen, und daß sie einen besonderen Einfluß auf die Bestellung des Vorsitzenden haben. Preußen fordert für sich mindestens drei Sitze im Verwaltungsrat. Zwei weitere Vertreter werden auf die übrigen Länder entfallen. Den landwirtschaftlichen Organisationen können alsdann nur höchstens fünf Sitze zugestanden werden. Weiter verlangt es für die Länder maßgebenden Einfluß bei dem Erlass der notwendigen Verwaltungs- und Rechtsvorschriften.

Der Standpunkt Preußens ist vom preussischen Landwirtschaftsministerium formuliert und vom Staatsministerium gebilligt worden.

Zollregelung im besetzten Gebiet.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Am 21. September treten im besetzten Gebiete die deutschen Zollgesetze wieder in Kraft. Damit fallen auch die Annahmeheschränkungen für den Güterverkehr nach und vom Auslande weg. Die Bestimmungen für den Güterverkehr mit Stationen im Regiebetrieb werden hierbei, abgesehen von den im amtlichen „Tarif- und Verbrauchsregister“ (Berlin, Springer) enthaltenen Aenderungen, nicht berührt und sind auch weiterhin zu beachten.

Der Eisenmarkt wartet ab.

Die „Metall- und Rohstoff-Gesellschaft“ teilt über den deutschen Metallmarkt und die Auswirkungen der Verbilligungsaktion u. a. folgendes mit: Die bevorstehenden wirtschaftlichen Maßnahmen zur Verbilligung der Produktion, vor allem Frachten- und Kohlenermäßigung, tragen dazu bei, die Stimmung freundlich zu gestalten, ohne daß es, wie erwähnt, zu größeren Umsätzen oder dies fernmäßig zum Ausdruck kam, da die Industrie wohl erst nach Eintreten dieser Reduktionen wieder konkurrenzfähig zur Vereinnahmung von Auftragsaufträgen wird.

Deutsch-Oberösterreichischer Bergbau.

Die erste Septemberwoche ergab gegenüber der Vorwoche eine Mehrförderung von 10 678 Tonnen. Sie betrug laut Nachblatt „Industrie-Anzeiger“ 285 161 Tonnen (Vorwoche: 225 085 Tonnen). Die Halbenbännde haben sich nur geringfügig erhöht und zwar von 173 801 Tonnen auf 177 840 Tonnen. Der Verkauf nach dem Ausland stellte sich insgesamt auf 1829 Tonnen (5892 Tonnen).

Die Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, Dr. Ing. Martin Wagner und Syndikus Walter Astor, sind nach Amerika abgereist. Dr. Wagner will vor allem die amerikanischen Bau- und Arbeitsverhältnisse studieren und prüfen, ob und inwieweit sie für die deutsche Baubäuerbewegung nutzbar gemacht werden können. Syndikus Astor will Verhandlungen mit den amerikanischen Gewerkschaftsbänden aufnehmen und versuchen, von ihnen für die deutsche Baubäuerbewegung Kredite zu erhalten. Er hat außerdem von zahlreichen deutschen Gemeinden den Auftrag, auch für sie Kreditverhandlungen mit den amerikanischen Banken zu führen.

Aus der Partei.

Wiederherstellung der Bodensee-Internationale.

Vor dem Kriege bestand unter den Parteiorganisationen der Sozialdemokratischen Partei aller fünf Länder, die an den Bodensee angrenzen, eine Vereinigung, die unter dem Namen Bodensee-Internationale die Parteien zu gemeinsamer Arbeit für den Sozialismus zusammenschloß. Die große Tagung und mächtigen Kundgebungen für das arbeitende Volk, die abwechselungsweise in den einzelnen Ländern stattfanden — die letzte vor dem Kriege in Bregenz mit einer Teilnehmerzahl von über 20 000 Genossen aus allen Ländern —, werden noch in Erinnerung geblieben sein.

Durch die Erschütterung im Grenzverkehr fand nun Ende August eine Besprechung in Korschach statt, zu dem Zwecke, diese Internationale wieder ins Leben zu rufen. Genosse Stadtrat Schönmann-Korschach, der die Anregung zu dieser Tagung gegeben hatte, konnte die Sitzung mit dem erfreulichen Ergebnis eröffnen, daß sich 20 Delegierte aus den Organisationen der verschiedenen Länder eingefunden hatten. Die Genossen Schönmann-Korschach und Dipl.-Ing. Groll-Lindau begründeten in treffenden Ausführungen, warum es wünschenswert erscheine, die alten internationalen Beziehungen unter der Arbeiterschaft wieder aufleben zu lassen. Die gegebene Anregung fand einstimmige Annahme und irdischen Widerhall. Als geschäftsführender Borort wurde Lindau gewählt. Genosse Dipl.-Ing. Groll gab als Vorsitzender der Partei in Lindau bekannt, wie er sich die Geschäftsführung und die Arbeit der Organisation vorstelle. Er wies darauf hin, daß die Internationale schon deshalb leichter fruchtbar Arbeit leisten kann, weil in allen fünf Ländern die gleiche Sprache gesprochen werde. Es sei sicher von großem Nutzen für die politische Parteidbewegung, wenn die Genossen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse anderer Länder kennenlernten. So sei z. B. die Frage des Londoner Abkommens nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft von großer Wichtigkeit, sondern es sei eine bedeutende internationale Frage für die gesamte Arbeiterschaft. Zweck der Organisation müsse also sein, sich gegenseitig im politischen Leben zu schulen und auszusprechen. Deshalb solle die Bodensee-Internationale bei allen wichtigen Fragen der Arbeiterschaft im politischen und wirtschaftlichen Leben zusammenkommen, und zwar abwechselungsweise in den größeren Städten der fünf Bodenseeländer. An diese Konferenzen sollen sich jeweils höhere Aufklärungsversammlungen anschließen. Die Vorschläge fanden allgemeine Zustimmung. Der Vorsitzende Stadtrat Schönmann schloß unter dem Danke an alle Delegierten, die mithalfen, die Bodensee-Internationale wieder ins Leben zu rufen, die schöne Tagung und sprach den Wunsch aus, sie möge sich bald des gleichen frischen Geistes erfreuen wie vor dem Kriege.

Parteiubiläum.

Der Ortsverein Dsnabrück kann in diesem Jahre (1924) auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß soll im November eine würdige Gedenkfeier stattfinden. Da die Parteigeschichte vom Dreizehnten September in einer Gedenkchrift niedergelegt werden soll, werden diejenigen Genossinnen und Genossen, welche in den früheren Jahren in der Arbeiterbewegung in Dsnabrück tätig waren und in der Lage sind, zu der Gedenkchrift aus den Jahren 1874—1890 mit Material zu dienen, gebeten, dies dem Parteisekretariat Dsnabrück, Kollegienwall 14, mitzuteilen.

Die „kommunalen Blätter für Groß-Berlin“ enthalten in der Septembernummer folgende Beiträge: „Kommunale Jugendwohlfahrt in Berlin“ von Walter Friedländer. „Eine dringende Notwendigkeit“ von Fritz Thurm. „Sollen wir aufwerten?“ von Ernst Reuter. „Die Müllbeseitigung und -verwertung in Berlin“ von Hugo Boehlch. „Partei- und Kommunalpolitik“. Alle in der Berliner kommunalen Politik amtlich und ehrenamtlich tätigen Genossen werden dringend gebeten, für eine sorgfältige Verbreitung der Blätter einzutreten. Sie können auch durch die Post bestellt werden. Vom Oktober ab wird es möglich sein, den Umfang auf 8 Seiten zu erhöhen.

Zum Deutschen Städtetag in Hannover ist das zweite September-Fest der sozialdemokratischen kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Gemeinde“ als Sonderheft erschienen. Die Nummer enthält Beiträge von Herrmann Spantau: Entwurf eines Verwaltungsprogramms; Hugo Lindemann: Zukunft der kommunalen Finanzwirtschaft; Bruno Kisch: Das Steuerrecht der Gemeinden; Paul Hirsch: Der Entwurf der Preussischen Städteordnung (nach den Beschlüssen des Zweilundwenziger-Ausschusses); Bruno Gebauer: Die Verfassung der Stadtgemeinde Danzig; Fr. Petrich: Die alte und neue Schule.

Die sozialdemokratischen Teilnehmer des Deutschen Städtetages in Hannover werden zu einer Vorbesprechung auf Mittwoch, den 24. September, nachmittags 5 Uhr, nach dem Beethovenaal der Stadthalle eingeladen. Da der Verhandlungssaal in der Stadthalle liegt, können alle Beteiligten noch bequem an dem offiziellen Begrüßungabend teilnehmen. Es wird gebeten, dem Genossen Johannes Lou-Hannover, Obdankstr. 15, Mitteilung über die Beteiligung am Städtetag zu machen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einforderungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 1. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Wichtige Sitzung Sonnabend, den 20. September, abends 6 Uhr, im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3.

Table with 2 columns: Konto, Betrag. Includes items like Sanktions-Rente, Sanktions-Rente II, etc.

- List of meetings and events: 1. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 2. Kreis West, Elternbeiräte; 3. Kreis Ost, Elternbeiräte; 4. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 5. Kreis West, Elternbeiräte; 6. Kreis Ost, Elternbeiräte; 7. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 8. Kreis West, Elternbeiräte; 9. Kreis Ost, Elternbeiräte; 10. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 11. Kreis West, Elternbeiräte; 12. Kreis Ost, Elternbeiräte; 13. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 14. Kreis West, Elternbeiräte; 15. Kreis Ost, Elternbeiräte; 16. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 17. Kreis West, Elternbeiräte; 18. Kreis Ost, Elternbeiräte; 19. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 20. Kreis West, Elternbeiräte; 21. Kreis Ost, Elternbeiräte; 22. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 23. Kreis West, Elternbeiräte; 24. Kreis Ost, Elternbeiräte; 25. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 26. Kreis West, Elternbeiräte; 27. Kreis Ost, Elternbeiräte; 28. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 29. Kreis West, Elternbeiräte; 30. Kreis Ost, Elternbeiräte; 31. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 32. Kreis West, Elternbeiräte; 33. Kreis Ost, Elternbeiräte; 34. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 35. Kreis West, Elternbeiräte; 36. Kreis Ost, Elternbeiräte; 37. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 38. Kreis West, Elternbeiräte; 39. Kreis Ost, Elternbeiräte; 40. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 41. Kreis West, Elternbeiräte; 42. Kreis Ost, Elternbeiräte; 43. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 44. Kreis West, Elternbeiräte; 45. Kreis Ost, Elternbeiräte; 46. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 47. Kreis West, Elternbeiräte; 48. Kreis Ost, Elternbeiräte; 49. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 50. Kreis West, Elternbeiräte; 51. Kreis Ost, Elternbeiräte; 52. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 53. Kreis West, Elternbeiräte; 54. Kreis Ost, Elternbeiräte; 55. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 56. Kreis West, Elternbeiräte; 57. Kreis Ost, Elternbeiräte; 58. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 59. Kreis West, Elternbeiräte; 60. Kreis Ost, Elternbeiräte; 61. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 62. Kreis West, Elternbeiräte; 63. Kreis Ost, Elternbeiräte; 64. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 65. Kreis West, Elternbeiräte; 66. Kreis Ost, Elternbeiräte; 67. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 68. Kreis West, Elternbeiräte; 69. Kreis Ost, Elternbeiräte; 70. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 71. Kreis West, Elternbeiräte; 72. Kreis Ost, Elternbeiräte; 73. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 74. Kreis West, Elternbeiräte; 75. Kreis Ost, Elternbeiräte; 76. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 77. Kreis West, Elternbeiräte; 78. Kreis Ost, Elternbeiräte; 79. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 80. Kreis West, Elternbeiräte; 81. Kreis Ost, Elternbeiräte; 82. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 83. Kreis West, Elternbeiräte; 84. Kreis Ost, Elternbeiräte; 85. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 86. Kreis West, Elternbeiräte; 87. Kreis Ost, Elternbeiräte; 88. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 89. Kreis West, Elternbeiräte; 90. Kreis Ost, Elternbeiräte; 91. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 92. Kreis West, Elternbeiräte; 93. Kreis Ost, Elternbeiräte; 94. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 95. Kreis West, Elternbeiräte; 96. Kreis Ost, Elternbeiräte; 97. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 98. Kreis West, Elternbeiräte; 99. Kreis Ost, Elternbeiräte; 100. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 101. Kreis West, Elternbeiräte; 102. Kreis Ost, Elternbeiräte; 103. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 104. Kreis West, Elternbeiräte; 105. Kreis Ost, Elternbeiräte; 106. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 107. Kreis West, Elternbeiräte; 108. Kreis Ost, Elternbeiräte; 109. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 110. Kreis West, Elternbeiräte; 111. Kreis Ost, Elternbeiräte; 112. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 113. Kreis West, Elternbeiräte; 114. Kreis Ost, Elternbeiräte; 115. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 116. Kreis West, Elternbeiräte; 117. Kreis Ost, Elternbeiräte; 118. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 119. Kreis West, Elternbeiräte; 120. Kreis Ost, Elternbeiräte; 121. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 122. Kreis West, Elternbeiräte; 123. Kreis Ost, Elternbeiräte; 124. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 125. Kreis West, Elternbeiräte; 126. Kreis Ost, Elternbeiräte; 127. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 128. Kreis West, Elternbeiräte; 129. Kreis Ost, Elternbeiräte; 130. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 131. Kreis West, Elternbeiräte; 132. Kreis Ost, Elternbeiräte; 133. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 134. Kreis West, Elternbeiräte; 135. Kreis Ost, Elternbeiräte; 136. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 137. Kreis West, Elternbeiräte; 138. Kreis Ost, Elternbeiräte; 139. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 140. Kreis West, Elternbeiräte; 141. Kreis Ost, Elternbeiräte; 142. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 143. Kreis West, Elternbeiräte; 144. Kreis Ost, Elternbeiräte; 145. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 146. Kreis West, Elternbeiräte; 147. Kreis Ost, Elternbeiräte; 148. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 149. Kreis West, Elternbeiräte; 150. Kreis Ost, Elternbeiräte; 151. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 152. Kreis West, Elternbeiräte; 153. Kreis Ost, Elternbeiräte; 154. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 155. Kreis West, Elternbeiräte; 156. Kreis Ost, Elternbeiräte; 157. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 158. Kreis West, Elternbeiräte; 159. Kreis Ost, Elternbeiräte; 160. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 161. Kreis West, Elternbeiräte; 162. Kreis Ost, Elternbeiräte; 163. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 164. Kreis West, Elternbeiräte; 165. Kreis Ost, Elternbeiräte; 166. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 167. Kreis West, Elternbeiräte; 168. Kreis Ost, Elternbeiräte; 169. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 170. Kreis West, Elternbeiräte; 171. Kreis Ost, Elternbeiräte; 172. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 173. Kreis West, Elternbeiräte; 174. Kreis Ost, Elternbeiräte; 175. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 176. Kreis West, Elternbeiräte; 177. Kreis Ost, Elternbeiräte; 178. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 179. Kreis West, Elternbeiräte; 180. Kreis Ost, Elternbeiräte; 181. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 182. Kreis West, Elternbeiräte; 183. Kreis Ost, Elternbeiräte; 184. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 185. Kreis West, Elternbeiräte; 186. Kreis Ost, Elternbeiräte; 187. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 188. Kreis West, Elternbeiräte; 189. Kreis Ost, Elternbeiräte; 190. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 191. Kreis West, Elternbeiräte; 192. Kreis Ost, Elternbeiräte; 193. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 194. Kreis West, Elternbeiräte; 195. Kreis Ost, Elternbeiräte; 196. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 197. Kreis West, Elternbeiräte; 198. Kreis Ost, Elternbeiräte; 199. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 200. Kreis West, Elternbeiräte; 201. Kreis Ost, Elternbeiräte; 202. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 203. Kreis West, Elternbeiräte; 204. Kreis Ost, Elternbeiräte; 205. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 206. Kreis West, Elternbeiräte; 207. Kreis Ost, Elternbeiräte; 208. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 209. Kreis West, Elternbeiräte; 210. Kreis Ost, Elternbeiräte; 211. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 212. Kreis West, Elternbeiräte; 213. Kreis Ost, Elternbeiräte; 214. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 215. Kreis West, Elternbeiräte; 216. Kreis Ost, Elternbeiräte; 217. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 218. Kreis West, Elternbeiräte; 219. Kreis Ost, Elternbeiräte; 220. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 221. Kreis West, Elternbeiräte; 222. Kreis Ost, Elternbeiräte; 223. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 224. Kreis West, Elternbeiräte; 225. Kreis Ost, Elternbeiräte; 226. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 227. Kreis West, Elternbeiräte; 228. Kreis Ost, Elternbeiräte; 229. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 230. Kreis West, Elternbeiräte; 231. Kreis Ost, Elternbeiräte; 232. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 233. Kreis West, Elternbeiräte; 234. Kreis Ost, Elternbeiräte; 235. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 236. Kreis West, Elternbeiräte; 237. Kreis Ost, Elternbeiräte; 238. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 239. Kreis West, Elternbeiräte; 240. Kreis Ost, Elternbeiräte; 241. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 242. Kreis West, Elternbeiräte; 243. Kreis Ost, Elternbeiräte; 244. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 245. Kreis West, Elternbeiräte; 246. Kreis Ost, Elternbeiräte; 247. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 248. Kreis West, Elternbeiräte; 249. Kreis Ost, Elternbeiräte; 250. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 251. Kreis West, Elternbeiräte; 252. Kreis Ost, Elternbeiräte; 253. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 254. Kreis West, Elternbeiräte; 255. Kreis Ost, Elternbeiräte; 256. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 257. Kreis West, Elternbeiräte; 258. Kreis Ost, Elternbeiräte; 259. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 260. Kreis West, Elternbeiräte; 261. Kreis Ost, Elternbeiräte; 262. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 263. Kreis West, Elternbeiräte; 264. Kreis Ost, Elternbeiräte; 265. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 266. Kreis West, Elternbeiräte; 267. Kreis Ost, Elternbeiräte; 268. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 269. Kreis West, Elternbeiräte; 270. Kreis Ost, Elternbeiräte; 271. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 272. Kreis West, Elternbeiräte; 273. Kreis Ost, Elternbeiräte; 274. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 275. Kreis West, Elternbeiräte; 276. Kreis Ost, Elternbeiräte; 277. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 278. Kreis West, Elternbeiräte; 279. Kreis Ost, Elternbeiräte; 280. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 281. Kreis West, Elternbeiräte; 282. Kreis Ost, Elternbeiräte; 283. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 284. Kreis West, Elternbeiräte; 285. Kreis Ost, Elternbeiräte; 286. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 287. Kreis West, Elternbeiräte; 288. Kreis Ost, Elternbeiräte; 289. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 290. Kreis West, Elternbeiräte; 291. Kreis Ost, Elternbeiräte; 292. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 293. Kreis West, Elternbeiräte; 294. Kreis Ost, Elternbeiräte; 295. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 296. Kreis West, Elternbeiräte; 297. Kreis Ost, Elternbeiräte; 298. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 299. Kreis West, Elternbeiräte; 300. Kreis Ost, Elternbeiräte; 301. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 302. Kreis West, Elternbeiräte; 303. Kreis Ost, Elternbeiräte; 304. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 305. Kreis West, Elternbeiräte; 306. Kreis Ost, Elternbeiräte; 307. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 308. Kreis West, Elternbeiräte; 309. Kreis Ost, Elternbeiräte; 310. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 311. Kreis West, Elternbeiräte; 312. Kreis Ost, Elternbeiräte; 313. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 314. Kreis West, Elternbeiräte; 315. Kreis Ost, Elternbeiräte; 316. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 317. Kreis West, Elternbeiräte; 318. Kreis Ost, Elternbeiräte; 319. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 320. Kreis West, Elternbeiräte; 321. Kreis Ost, Elternbeiräte; 322. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 323. Kreis West, Elternbeiräte; 324. Kreis Ost, Elternbeiräte; 325. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 326. Kreis West, Elternbeiräte; 327. Kreis Ost, Elternbeiräte; 328. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 329. Kreis West, Elternbeiräte; 330. Kreis Ost, Elternbeiräte; 331. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 332. Kreis West, Elternbeiräte; 333. Kreis Ost, Elternbeiräte; 334. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 335. Kreis West, Elternbeiräte; 336. Kreis Ost, Elternbeiräte; 337. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 338. Kreis West, Elternbeiräte; 339. Kreis Ost, Elternbeiräte; 340. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 341. Kreis West, Elternbeiräte; 342. Kreis Ost, Elternbeiräte; 343. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 344. Kreis West, Elternbeiräte; 345. Kreis Ost, Elternbeiräte; 346. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 347. Kreis West, Elternbeiräte; 348. Kreis Ost, Elternbeiräte; 349. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 350. Kreis West, Elternbeiräte; 351. Kreis Ost, Elternbeiräte; 352. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 353. Kreis West, Elternbeiräte; 354. Kreis Ost, Elternbeiräte; 355. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 356. Kreis West, Elternbeiräte; 357. Kreis Ost, Elternbeiräte; 358. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 359. Kreis West, Elternbeiräte; 360. Kreis Ost, Elternbeiräte; 361. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 362. Kreis West, Elternbeiräte; 363. Kreis Ost, Elternbeiräte; 364. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 365. Kreis West, Elternbeiräte; 366. Kreis Ost, Elternbeiräte; 367. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 368. Kreis West, Elternbeiräte; 369. Kreis Ost, Elternbeiräte; 370. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 371. Kreis West, Elternbeiräte; 372. Kreis Ost, Elternbeiräte; 373. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 374. Kreis West, Elternbeiräte; 375. Kreis Ost, Elternbeiräte; 376. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 377. Kreis West, Elternbeiräte; 378. Kreis Ost, Elternbeiräte; 379. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 380. Kreis West, Elternbeiräte; 381. Kreis Ost, Elternbeiräte; 382. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 383. Kreis West, Elternbeiräte; 384. Kreis Ost, Elternbeiräte; 385. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 386. Kreis West, Elternbeiräte; 387. Kreis Ost, Elternbeiräte; 388. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 389. Kreis West, Elternbeiräte; 390. Kreis Ost, Elternbeiräte; 391. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 392. Kreis West, Elternbeiräte; 393. Kreis Ost, Elternbeiräte; 394. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 395. Kreis West, Elternbeiräte; 396. Kreis Ost, Elternbeiräte; 397. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 398. Kreis West, Elternbeiräte; 399. Kreis Ost, Elternbeiräte; 400. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 401. Kreis West, Elternbeiräte; 402. Kreis Ost, Elternbeiräte; 403. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 404. Kreis West, Elternbeiräte; 405. Kreis Ost, Elternbeiräte; 406. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 407. Kreis West, Elternbeiräte; 408. Kreis Ost, Elternbeiräte; 409. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 410. Kreis West, Elternbeiräte; 411. Kreis Ost, Elternbeiräte; 412. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 413. Kreis West, Elternbeiräte; 414. Kreis Ost, Elternbeiräte; 415. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 416. Kreis West, Elternbeiräte; 417. Kreis Ost, Elternbeiräte; 418. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 419. Kreis West, Elternbeiräte; 420. Kreis Ost, Elternbeiräte; 421. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 422. Kreis West, Elternbeiräte; 423. Kreis Ost, Elternbeiräte; 424. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 425. Kreis West, Elternbeiräte; 426. Kreis Ost, Elternbeiräte; 427. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 428. Kreis West, Elternbeiräte; 429. Kreis Ost, Elternbeiräte; 430. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 431. Kreis West, Elternbeiräte; 432. Kreis Ost, Elternbeiräte; 433. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 434. Kreis West, Elternbeiräte; 435. Kreis Ost, Elternbeiräte; 436. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 437. Kreis West, Elternbeiräte; 438. Kreis Ost, Elternbeiräte; 439. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 440. Kreis West, Elternbeiräte; 441. Kreis Ost, Elternbeiräte; 442. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 443. Kreis West, Elternbeiräte; 444. Kreis Ost, Elternbeiräte; 445. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 446. Kreis West, Elternbeiräte; 447. Kreis Ost, Elternbeiräte; 448. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 449. Kreis West, Elternbeiräte; 450. Kreis Ost, Elternbeiräte; 451. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 452. Kreis West, Elternbeiräte; 453. Kreis Ost, Elternbeiräte; 454. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 455. Kreis West, Elternbeiräte; 456. Kreis Ost, Elternbeiräte; 457. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 458. Kreis West, Elternbeiräte; 459. Kreis Ost, Elternbeiräte; 460. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 461. Kreis West, Elternbeiräte; 462. Kreis Ost, Elternbeiräte; 463. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 464. Kreis West, Elternbeiräte; 465. Kreis Ost, Elternbeiräte; 466. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 467. Kreis West, Elternbeiräte; 468. Kreis Ost, Elternbeiräte; 469. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 470. Kreis West, Elternbeiräte; 471. Kreis Ost, Elternbeiräte; 472. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 473. Kreis West, Elternbeiräte; 474. Kreis Ost, Elternbeiräte; 475. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 476. Kreis West, Elternbeiräte; 477. Kreis Ost, Elternbeiräte; 478. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 479. Kreis West, Elternbeiräte; 480. Kreis Ost, Elternbeiräte; 481. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 482. Kreis West, Elternbeiräte; 483. Kreis Ost, Elternbeiräte; 484. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 485. Kreis West, Elternbeiräte; 486. Kreis Ost, Elternbeiräte; 487. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 488. Kreis West, Elternbeiräte; 489. Kreis Ost, Elternbeiräte; 490. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 491. Kreis West, Elternbeiräte; 492. Kreis Ost, Elternbeiräte; 493. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 494. Kreis West, Elternbeiräte; 495. Kreis Ost, Elternbeiräte; 496. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 497. Kreis West, Elternbeiräte; 498. Kreis Ost, Elternbeiräte; 499. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 500. Kreis West, Elternbeiräte; 501. Kreis Ost, Elternbeiräte; 502. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 503. Kreis West, Elternbeiräte; 504. Kreis Ost, Elternbeiräte; 505. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 506. Kreis West, Elternbeiräte; 507. Kreis Ost, Elternbeiräte; 508. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 509. Kreis West, Elternbeiräte; 510. Kreis Ost, Elternbeiräte; 511. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 512. Kreis West, Elternbeiräte; 513. Kreis Ost, Elternbeiräte; 514. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 515. Kreis West, Elternbeiräte; 516. Kreis Ost, Elternbeiräte; 517. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 518. Kreis West, Elternbeiräte; 519. Kreis Ost, Elternbeiräte; 520. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 521. Kreis West, Elternbeiräte; 522. Kreis Ost, Elternbeiräte; 523. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 524. Kreis West, Elternbeiräte; 525. Kreis Ost, Elternbeiräte; 526. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 527. Kreis West, Elternbeiräte; 528. Kreis Ost, Elternbeiräte; 529. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 530. Kreis West, Elternbeiräte; 531. Kreis Ost, Elternbeiräte; 532. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 533. Kreis West, Elternbeiräte; 534. Kreis Ost, Elternbeiräte; 535. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 536. Kreis West, Elternbeiräte; 537. Kreis Ost, Elternbeiräte; 538. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 539. Kreis West, Elternbeiräte; 540. Kreis Ost, Elternbeiräte; 541. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 542. Kreis West, Elternbeiräte; 543. Kreis Ost, Elternbeiräte; 544. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 545. Kreis West, Elternbeiräte; 546. Kreis Ost, Elternbeiräte; 547. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 548. Kreis West, Elternbeiräte; 549. Kreis Ost, Elternbeiräte; 550. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 551. Kreis West, Elternbeiräte; 552. Kreis Ost, Elternbeiräte; 553. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 554. Kreis West, Elternbeiräte; 555. Kreis Ost, Elternbeiräte; 556. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 557. Kreis West, Elternbeiräte; 558. Kreis Ost, Elternbeiräte; 559. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 560. Kreis West, Elternbeiräte; 561. Kreis Ost, Elternbeiräte; 562. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 563. Kreis West, Elternbeiräte; 564. Kreis Ost, Elternbeiräte; 565. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 566. Kreis West, Elternbeiräte; 567. Kreis Ost, Elternbeiräte; 568. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 569. Kreis West, Elternbeiräte; 570. Kreis Ost, Elternbeiräte; 571. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 572. Kreis West, Elternbeiräte; 573. Kreis Ost, Elternbeiräte; 574. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 575. Kreis West, Elternbeiräte; 576. Kreis Ost, Elternbeiräte; 577. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 578. Kreis West, Elternbeiräte; 579. Kreis Ost, Elternbeiräte; 580. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 581. Kreis West, Elternbeiräte; 582. Kreis Ost, Elternbeiräte; 583. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 584. Kreis West, Elternbeiräte; 585. Kreis Ost, Elternbeiräte; 586. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 587. Kreis West, Elternbeiräte; 588. Kreis Ost, Elternbeiräte; 589. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 590. Kreis West, Elternbeiräte; 591. Kreis Ost, Elternbeiräte; 592. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 593. Kreis West, Elternbeiräte; 594. Kreis Ost, Elternbeiräte; 595. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 596. Kreis West, Elternbeiräte; 597. Kreis Ost, Elternbeiräte; 598. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 599. Kreis West, Elternbeiräte; 600. Kreis Ost, Elternbeiräte; 601. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 602. Kreis West, Elternbeiräte; 603. Kreis Ost, Elternbeiräte; 604. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 605. Kreis West, Elternbeiräte; 606. Kreis Ost, Elternbeiräte; 607. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 608. Kreis West, Elternbeiräte; 609. Kreis Ost, Elternbeiräte; 610. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 611. Kreis West, Elternbeiräte; 612. Kreis Ost, Elternbeiräte; 613. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 614. Kreis West, Elternbeiräte; 615. Kreis Ost, Elternbeiräte; 616. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 617. Kreis West, Elternbeiräte; 618. Kreis Ost, Elternbeiräte; 619. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 620. Kreis West, Elternbeiräte; 621. Kreis Ost, Elternbeiräte; 622. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 623. Kreis West, Elternbeiräte; 624. Kreis Ost, Elternbeiräte; 625. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 626. Kreis West, Elternbeiräte; 627. Kreis Ost, Elternbeiräte; 628. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 629. Kreis West, Elternbeiräte; 630. Kreis Ost, Elternbeiräte; 631. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 632. Kreis West, Elternbeiräte; 633. Kreis Ost, Elternbeiräte; 634. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 635. Kreis West, Elternbeiräte; 636. Kreis Ost, Elternbeiräte; 637. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 638. Kreis West, Elternbeiräte; 639. Kreis Ost, Elternbeiräte; 640. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 641. Kreis West, Elternbeiräte; 642. Kreis Ost, Elternbeiräte; 643. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 644. Kreis West, Elternbeiräte; 645. Kreis Ost, Elternbeiräte; 646. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 647. Kreis West, Elternbeiräte; 648. Kreis Ost, Elternbeiräte; 649. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 650. Kreis West, Elternbeiräte; 651. Kreis Ost, Elternbeiräte; 652. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 653. Kreis West, Elternbeiräte; 654. Kreis Ost, Elternbeiräte; 655. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 656. Kreis West, Elternbeiräte; 657. Kreis Ost, Elternbeiräte; 658. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 659. Kreis West, Elternbeiräte; 660. Kreis Ost, Elternbeiräte; 661. Kreis Mitte, Elternbeiräte; 662. Kreis West, Elternbeiräte; 663. Kreis Ost, Elternbeiräte; 664. Kreis Mitte, Elternbeir